

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Wahlen in Hamburg und Bayern: Parteiensystem in Bewegung – S. 4*
- *Offensive der Türkei im Nordirak gescheitert – S. 7*
- *Kommunalwahl in Schleswig-Holstein jetzt ohne Fünf-Prozent-Hürde – S. 12*
- *Harte Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst – S. 16*
- *IG Metall beschließt Kampagne zur Leiharbeit: „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ – S. 19*

Ausgabe Nr. 3 am 13. März 2008, Preis 4,00 Euro



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT VIERWÖCHENTLICH

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de
In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Streit um Erbschaftssteuer

Handelsblatt, 6.3. rül. Auf einer Anhörung im Bundestag über die von der Bundesregierung geplante Reform der Erbschaftssteuer haben zahlreiche Experten schwere Bedenken und Kritik gegen das Vorhaben der Regierung vorgebracht. Das berichtet das „Handelsblatt“.

Die Regierung will mit ihrem Vorhaben unter anderem Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen. Das hatte verlangt, dass Betriebe und Immobilien künftig nach ihrem tatsächlichen Verkaufswert und nicht, wie bisher, nach deutlich niedrigeren, sog. „Einheitswerten“ bewertet werden müssen, wenn die Erbschaften anfallen. Das würde zu höheren Erbschaftssteuern für die Erben von Betrieben und Immobilien führen. Um diese Wirkung zu vermeiden, will die Regierung nun höhere Freibeträge einführen und Sonderregelungen für Betriebe. Bei Erbschaften von Betriebsvermögen soll künftig 85% des geerbten Vermögens ganz von der Erbschaftssteuer befreit werden, wenn der Betrieb fortgeführt wird und 10 Jahre lang die Lohnsumme nicht unter 70% fällt und 15 Jahre kein Kapital aus dem Betrieb abgezogen wird.

Diese Regelung sei „lebensfremd“, kritisierten die Experten in der Anhörung, zudem sei die Befreiung von 85% dieser Vermögen von der Erbschaftssteuer möglicherweise verfassungsfeindlich, da die Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht mehr gegeben sei. Vom Wirtschaftsverband DIHK über die Gewerkschaften bis zum linken Professor Hickel aus Bremen seien alle Sachverständigen für eine andere Lösung gewesen, für niedrige Freibeträge und einen niedrigeren Steuersatz für alle Erbschaften, so die Zeitung. CDU/CSU und SPD wollen trotz dieser breiten Kritik an ihren Plänen festhalten.

Kandidatur von „Parteifremden“ nicht mehr zulässig

Bundestag, Plenarprotokoll 16/139, 24.1. alk. Ziemlich unbemerkt von der Presseberichterstattung hat der Bundestag am 24. Januar einige Änderungen des Wahlrechts zum Bundestag beschlossen. Neben Änderungen beim Auszählungsverfahren, erweitertem Stimmrecht für im Ausland ansässige deutsche Staatsangehörige und der Verschiebung zweier Wahlkreise (minus Sachsen und Sachsen-Anhalt, plus Baden-Württemberg und Niedersachsen) war wichtig vor allem die Regelung zur Parteizugehörigkeit von Bewerbern auf Wahlvorschlägen. Hier wurde in § 21 Bundeswahlgesetz folgender Passus (*kursiv*) eingefügt: „Als Bewerber einer

Partei kann in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt werden, wer *nicht Mitglied einer anderen Partei ist und in einer Mitgliederversammlung zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung hierzu gewählt worden ist.*“ Entsprechendes gilt auch für die Landeslisten. Damit wäre, darauf verwiesen die Redner der Union und der SPD, die gemeinsame Kandidatur von WASG und PDS bei der letzten Bundestagswahl nicht erlaubt gewesen, aber auch DKP-Mitglieder dürfen künftig nicht mehr bei der Linkspartei kandidieren. Überlegungen bei den Rechten, durch „verdeckte Kandidaturen“ die Fünf-Prozent-Klausel zu umgehen, wurden von Union und SPD ebenfalls zur Begründung angeführt. Weiterhin möglich bleibt die Kandidatur von Nichtparteimitgliedern auf Parteilisten. Im Bundestagsprachensie die Linkspartei und die Grünen gegen diese Gesetzesänderung aus. Sie argumentierten, das solle dem Gestaltungswillen der Parteien überlassen bleiben. Auch bei Landtagswahlen dürfte kaum mehr eine Partei das rechtliche Risiko mit parteifremden Kandidaturen eingehen, so jedenfalls äußerte sich Bodo Ramelow von der Linkspartei in Bezug auf Kandidaturen von DKP-Mitgliedern. Bei Kommunalwahlen gelten je nach Bundesland andere Regelungen; so ist z.B. in Baden-Württemberg auch eine gemeinsame Liste zweier verschiedener Parteien ausdrücklich zulässig.

Dollar sinkt – Konzerne auf Einkaufstour

Handelsblatt, 5.3. rül. Die deutschen Konzerne nutzen den Fall des Dollarkurses, um in den USA dortige Unternehmen günstig zu übernehmen. Darauf machen Finanzdienstleister aufmerksam. Nach einer Übersicht der Firma Dealogic haben deutsche Unternehmen seit 2007 inzwischen 60 größere Unternehmen erworben, mehr als je zuvor.

An der Spitze steht der Siemens-Konzern, der sich gleich mehrere Unternehmen der Medizintechnik eingekauft hat, gefolgt von Henkel, Lufthansa, SAP, Münchner Rück, RWE, Bosch und anderen. Allein für die 14 größten Käufe von US-Unternehmen legten diese Unternehmen 20 Milliarden Euro auf den Tisch. Andere Unternehmen wie Thyssen und EADS suchen den US-Markt ebenfalls nach geeigneten Übernahmen ab. Automobilkonzerne wie VW und Audi überlegen wegen des niedrigen Dollarkurses, ihre Fertigung in den USA auszubauen oder erstmals dort eigene Fertigungsstätten zu errichten.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Kommandeurtagung rtagung



Verantwortung im Grenzbereich

www.bundeswehr.de, 10.3. maf. Anlässlich der 41. Kommandeurtagung der Bundeswehr ließ der Bundesverteidigungsminister Jung folgenden Hinweis an die Truppe fallen: „Bürokratie und übertriebene Kontrollmechanismen gefährden aber auch ein Prinzip, für das die Bundeswehr zu Recht benannt wird: das Prinzip des Führens mit Auftrag! ... Fehlertoleranz, Vertrauen, Führen mit Auftrag und bereitwillige Übernahme von Verantwortung sind die Schlüssel zur mentalen Entbürokratisierung. Dazu gehört auch, sich bei der rückwirkenden Bewertung von Handlungen schützend vor diejenigen zu stellen, die im Rahmen ihres Auftrags Verantwortung im Grenzbereich übernommen haben.“

Was wir hier verklausuliert? „Grenzbereich“ meint die Kampfhandlung, d.h. einen im rechtlichen Sinne weitgehend entgrenzten Sozialraum, in dem es erlaubt ist, zu töten. Das angesprochene „Führen im Auftrag“ verweist darauf, dass dem deutschen Soldaten freie Hand bei der Wahl der Mittel zur Verwirklichung des Auftrags gelassen wird. Die „rückwirkende Bewertung von Handlungen“ hat einen doppelten Bezug. Es geht einmal um den Fragenkreis: „Sag mir, wo die Soldaten sind ...“, also um die Rechtfertigung von Verlusten. Zum anderen geht es um den Umgang mit dem „Feind“. Darum dass „Kollateralschäden nicht zu vermeiden“ waren, oder dass es Situationen gibt, in denen „Gefangene nicht gemacht“ werden, und dass der Krieg verroht und dass sich die Soldaten auch einmal abreagieren müssen. – All dies kommt im Krieg vor, aber es gibt ein „mehr“ und ein „weniger“.

Es scheint, als hätten gegenwärtig die Kommandeure nicht Lust, ihre Leute zu opfern, mit der Zivilbevölkerung nach der Methode „Augen zu und durch“ umzuspringen und weg-

zusehen, wenn die Truppe mal über die Stränge schlägt. Wenn der Minister jetzt ansagt, dass man sich bei der „rückwirkenden Bewertung“ schützend vor diejenigen stellen werde, die Verantwortung im Grenzbereich übernommen haben, so fordert er damit Handlungen ein, die eine „rückwirkende Bewertung“ durch Hinterbliebene, Humanitätsanhänger und Strafgerichte herausfordern.

„Der öffentliche Dienst gehört nicht zu den Branchen, die den Aufschwung tragen“

Sowohl das „Handelsblatt“ („Viel Diskussionsbedarf. Schwierige Schlichtung im öffentlichen Dienst“ – 8.3.) wie auch „Spiegel online“ („Gnadenloser Arbeitskampf. GDL will Berlin nicht vom Streik verschonen“ – 8.3.) befassen sich in aktuellen Beiträgen mit dem Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Unabhängig voneinander waren beide Redaktionen der Auffassung, dass die Befassung mit diesem Thema zugespitzt werden müsse auf folgende Feststellung von Prof. Klaus Zimmermann (Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung / DIW), die er im Rahmen eines Gesprächs mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ formulierte: „Für den Streik von Verdi habe ich wenig Verständnis. Der öffentliche Dienst gehört doch gerade nicht zu den Branchen, die den momentanen Aufschwung tragen. Er kann sich nicht an die Spitze einer Lohnsteigerung setzen, wie das vielleicht in früheren Jahrzehnten da oder dort Mal der Fall war ... Da muss man die Streiks notwendigerweise einfach aussitzen, das ist das, was ich den öffentlichen Arbeitgebern rate“ (NOZ, 8.3.2008, S. 1 und S. 4). In einem weiteren Gespräch am Vortag (7.3.2008), das Deutschlandradio in seiner Sendung „Informationen am Morgen“ mit Prof. Zimmermann führte („Wirtschaftsforscher: Maximal ein bis zwei Prozent für öffentliche Beschäftigte – Klaus Zimmermann mahnt Staat zum Sparen“), äußert er sich zur konkreten Höhe des Lohnabschlusses, der „allenfalls“ zugestanden werden kann, wie folgt: Frage: „Herr Professor Zimmermann, welcher Abschluss wäre im öffentlichen Dienst notwendig, damit einerseits die Arbeitnehmer vor allem in den unteren Einkommensgruppen auf ihre Kosten kommen, ohne

dass andererseits der Beschäftigungsaufbau und die Sparziele gefährdet werden? Zimmermann: Ja, der öffentliche Dienst gehört zu einer Branche, die ja selber nicht erwirtschaftet, die nicht von dem Wirtschaftswachstum betroffen ist. Und wir haben auf der anderen Seite hohe Kosten, die mittelfristig sinken müssen. Insofern gibt es wenig Spielräume, so dass allenfalls geringe Prozente hier eine Rolle spielen können, auf keinen Fall mehr als ein oder zwei Prozent.“ *huh*

Internationale Erfahrungen mit aktivierender Sozialpolitik

www.iab.de, 11.3. alk. Das Institut der Bundesagentur für Arbeit hat in seinem neuesten Kurzbericht eine Untersuchung vorgestellt, wie sich die sogenannte aktivierende Sozialpolitik auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Hier die Kurzzusammenfassung: „In den meisten modernen Wohlfahrtsstaaten wurden Aktivierungspolitiken eingeführt, die den „Hartz-IV“-Reformen hierzulande vergleichbar sind. Die Wirkungen von Programmen für erwerbsfähige Hilfeempfänger werden hier an den Beispielen Großbritannien, Dänemark, Schweden und Niederlande untersucht. Die Gewährung von Leistungen an erwerbsfähige Hilfeempfänger wird systematisch an die Pflicht zur Arbeitsuche bzw. Teilnahme an Programmen geknüpft. Der Aktivierungsprozess und die Programmtypen weisen länderübergreifend große Ähnlichkeiten auf. Hauptsächliche Zielgruppen der Programme sind Jugendliche einerseits, Langzeitarbeitslose bzw. Sozialhilfeempfänger andererseits. Der Zugang zu den Maßnahmen ist selektiv: Arbeitsmarktfremde Gruppen haben geringere Chancen auf Zugang zu arbeitsmarktnahen Programmen. Die Integrationseffekte der Programme sind insgesamt eher gering. Die stärksten Effekte haben ein professionelles Fallmanagement und Lohnsubventionierung. Zwischen der politischen Bedeutung der Aktivierung und dem Wissen über die Teilnahme an Programmen und deren Wirkungen besteht bisher eine erhebliche Diskrepanz. Bessere Evaluationsforschung könnte künftig bei der Gestaltung von Aktivierungspolitiken helfen.“ Für den Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt bringen die Schikanen gegenüber Arbeitslosen also nichts. Aber die soziale Ausgrenzung der Betroffenen ist enorm.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 10. April.
Redaktionsschlussstermin: 4. April.
Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7 bis 12 Uhr.

Parteiensystem in Bewegung

Die LINKE ist mit 6,4% und acht Abgeordneten in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen. Zugleich hat sie mit noch besseren Ergebnissen – zwischen 6,0% und 10,2% – in allen sieben Bezirken die 5%-Hürde genommen. Insgesamt 37 Abgeordnete werden sie zukünftig in den Bezirksversammlungen vertreten. Der Wahlerfolg der LINKEN in Hamburg ist der vierte in Folge in westlichen Bundesländern und konsolidiert die neue Konstellation eines Fünf-Parteien-Systems.

Die meisten Kommentare sahen vor allem die CDU als Wahlverliererin. In der Tat hat die CDU gegenüber der Bürgerschaftswahl 2004 4,6 Prozentpunkte, knapp 60.000 Stimmen und damit die absolute Mehrheit verloren. Aber sie bleibt stärkste Partei, und sie liegt immer noch deutlich über ihrem Wahlergebnis von 2001, als sie mit Hilfe des Rechtspopulisten Schill erstmals seit ewigen Zeiten den Senat bilden konnte. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 hat sie trotz geringerer Wahlbeteiligung 60.000 Stimmen gewonnen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, hat sie ihren Einfluss in den Großstadtmilieus eher stabilisiert. Angesichts der Tatsache, dass die Politik der CDU-Senats seit 2001 die soziale Spaltung der Stadt enorm verschärft hat, ist die Frage derzeit unbeantwortet, wie dieser Einfluss gebrochen werden kann.

In der Erwartung, dass selbststimmigsten Fall eine bürgerliche Mehrheit zur Senatsbildung nicht ausreicht – tatsächlich hat die FDP den Wiedereinzug verfehlt –, hat die CDU hat schon vor der Wahl die Option Schwarz-Grün eröffnet und in den Tagen nach der Wahl höchst zielstrebig eine solche Koalitionsbildung betrieben. Anders als die SPD haben sich die Bürgerlichen auf die neue Konstellation im Parteiensystem eingestellt. Die SPD war ebenso wenig wie der Hamburger Landesverband der Grünen bereit und in der Lage, die Mehrheit links von der CDU, die das Wahlergebnis zum Ausdruck bringt, politisch umzusetzen. Die GAL hatte früh im Wahlkampf die Koalition mit der CDU offen in Erwägung gezogen, dann allerdings in den letzten Wochen aufgrund einbrechender Umfragewerte hoch und heilig versprochen, so was käme aufgrund unüberbrückbarer Differenzen – vor allem in den Fragen des Kohlekraftwerks Moorburg, der Elbvertiefung und der Bildungspolitik – doch nicht infrage. Gleichwohl büßte die GAL gegenüber den letzten Bürgerschaftswahlen 2,7% und ca. 26.500 Stimmen

ein, gegenüber der Bundestagswahl hat sie ihre Stimmen fast halbiert. Das hinderte sie nicht, unverzüglich in Sondierungsgespräche mit der CDU einzutreten, deren Ergebnis die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen war. Eine GAL-Mitgliederversammlung hat dem mit Mehrheit zugestimmt.

Auf den ersten Blick hat die CDU der GAL in den Sondierungsgesprächen auch deutliche Zugeständnisse gemacht. Die Rede ist von der Suche nach einer Alternative zum Bau eines umstrittenen Kohlekraftwerks, dem Einstieg in die Stadtbahn, einer sechsjährigen gemeinsamen Schulzeit für Kinder, der Aussicht auf Aufhebung der Studiengebühren, der Schließung der geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße, der Ausweitung von Ganztags-Kita-Plätzen in sozialen Brennpunkten, Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge ohne rechtlich gesicherten Aufenthaltsstatus. Einige dieser Punkte, werden sie denn umgesetzt, sind sicher nicht gering zu achten, bei anderen zeigen sich auf den zweiten Blick die Haken, mit denen der Fisch an Land gezogen wird. So will die CDU, um ein Beispiel zu nennen, auf die 45 Mio. € aus Studiengebühren nicht verzichten, deshalb wird ein „alternatives“ Modell zur jetzigen Form gesucht. Die für die weitere Entwicklung der GAL vielleicht wichtigste Frage: Schon vor den Gesprächen deutete die GAL-Führung ihre Bereitschaft an, sich einer neuen Elbvertiefung nicht in den Weg zu stellen. Opfert sie ihre Ablehnung einer Senatsbeteiligung, dann würde der Gründungskonsens der Grünen in einer zentralen Frage (Stichwort: „Wir haben uns die Erde nur von unseren Kindern geborgt“) weiter unterhöhlt – vom Gründungskonsens Gewaltfrei-

heit hat man sich ja längst entfernt. Kaum weniger wichtig wird werden, ob und wie weit die GAL der Entdemokratisierung (v.a. durch Missachtung der Volksentscheide, Umgehung des Parlaments in wichtigen Fragen, Abbau von Mitbestimmungsrechten), der autoritären Law-and-Order-Politik der CDU-Senate und dem Abbau der Bürgerrechte noch die Stirn bietet. Alles in allem suchen die Grünen ihren Platz als moderne Mittelstandspartei, die wie selbstverständlich auch für die Bildung bürgerlicher Mehrheiten zur Verfügung steht.

Schwierig ist die Situation der SPD. Einerseits hat sie sich, was im Sommer letzten Jahres angesichts interner Wirren nicht unbedingt zu erwarten war, gegenüber 2004 um 3,5% und 14.000 Stimmen verbessert. An die LINKE hat sie dabei lediglich 9000 Stimmen verloren (die GAL verlor an die LINKE 6000, die CDU 3000 Stimmen). Das ist deshalb bemerkenswert, weil der Entstehungsprozess der WASG sich zu erheblichen Teilen aus der Spaltung der SPD speiste. Deshalb lässt sich das SPD-Ergebnis als Stabilisierung interpretieren und, bei aller gebotenen Vorsicht, vielleicht auch als Ende als des Spaltungsprozesses.

Andererseits drohen auch in der Hamburger SPD die internen Auseinandersetzungen über den weiteren Kurs wieder offen auszubrechen. Die SPD hatte im Wahlkampf den Spagat vollbracht, einerseits die Privatisierungspolitik und andere die soziale Spaltung vertiefenden Maßnahmen des CDU-Senats zu kritisieren und dabei auch Forderungen aus dem Sofortprogramm der LINKEN zu übernehmen, zugleich aber jede Art von Zusammenarbeit mit der LINKEN strikt abzulehnen. Nun findet sie sich aller Voraussicht nach in der Opposition wieder, zusammen mit der LINKEN, und die Frage steht, ob sie eine Oppositionspolitik entwickelt, die die durch Schwarz-Grün hervorgerufenen Probleme aufgreift. Ein wich-

ORIGINAL SOZIAL

Mit uns hat das Soziale wieder Gewicht bekommen, auch hier in Hamburg. Deshalb kämpfen wir entschieden weiter: Gegen Kinderarmut und Rentenkürzungen, für Kita-Plätze, gebührenfreie Bildung und öffentliches Eigentum, gegen Lohnsenkungen und schlecht bezahlte Arbeit. Für soziale Gerechtigkeit eben!

www.hier-ist-die-linke-hamburg.de

DIE LINKE.

tiges Indiz wird sein, ob sie weiterhin die Repression, die Militarisation der Innenpolitik mitträgt, zu deren bundesweiten Vorreitern der frühere und womöglich zukünftige Hamburger Innenminister Nagel gehört, oder ob sie hier einen Kurswechsel vornimmt.

Die LINKE hat ihre Stimmen vor allem in Stadtteilen mit hoher „Arbeitsquote“ erhalten. Hier erhielt sie 10,2%, in Stadtteilen mit niedriger Arbeitsquote nur 3,2%. Ihr zweiter Schwerpunkt neben den stark benachteiligten Stadtteilen sind die „Szenevierviertel“ der „inneren Stadt“, hier erhielt sie 8,3% im Schnitt. Sie wurden überproportional von Arbeitern (10%) und Erwerbslosen (19%) gewählt. Zieht man weitere Ergebnisse in Betracht, lässt sich über den durchschnittlichen Wähler der LINKEN vereinfacht sagen, dass er männlich, erwerbslos und zwischen 45 und 60 Jahre alt ist. Immerhin ist die LINKE die einzige Partei, die Stimmen (9000) aus dem Lager der Nicht-Wähler gewonnen hat. Gleichwohl ist die Wahlbeteiligung weiter gesunken und die LINKE für eine große Zahl von Menschen, die sich von den bisherigen Bürgerpartei nichts mehr erhoffen, keine Alternative gewesen. GAL und SPD

haben mehr Stimmen an die „Nichtwähler“ abgegeben als an die LINKE. Trotzdem: Von den Wählerinnen und Wählern, die bisher SPD oder GAL und dieses Mal die LINKE gewählt haben, geben jeweils 73% als Grund „Soziale Gerechtigkeit“ an.

Was fängt die LINKE damit an? In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte schreiben wir¹, dass sie für eine geraume Zeit eine „Mahner- und Wächterrolle“ wahrnehmen kann, dass sie diese Zeit aber für die Erarbeitung landespolitischer Alternativen nutzen muss. Das heißt für Hamburg, eine Alternative zu den politischen Konzepten der anderen Parteien zu entwickeln und eine eigene, emanzipatorische Antwort auf die Frage zu geben: Wie kann, wie soll sich die Metropole Hamburg entwickeln – als Stadt in Europa, die sich nur in kooperativer und koordinierter Nachbarschaft zu anderen Ballungsräumen entwickeln kann; und als Stadt in der Welt, die weltwirtschaftlich eingebunden ist und die Verknüpfung von regionalen Potenzen mit globalen Prozessen leisten muss.

Christiane Schneider

¹ Martin Fochler, Fünf-Parteien-System in der BRD? Politische Berichte 2/2008, S. 5f.

Kommunalwahlen in Bayern

Die LINKE wird zum Faktor in den großen Städten Bayerns

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Bayern liegen noch nicht vollständig vor. In sieben kreisfreien Städten und in 15 Landkreisen sind Stichwahlen erforderlich. In der CSU gibt es Beurteilungsdifferenzen. Während der Parteivorsitzende Huber auf die große Zahl von Oberbürgermeistern, Landräten und Bürgermeistern aus der CSU verweist, leidet der Ministerpräsident Beckstein mit dem Parteivolk, das die Verluste ertragen muss, die CSU-Listen bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen erlitten. Die SPD freut sich über ihre Wahlerfolge in München und Nürnberg – an beiden Orten wurden die von dieser Partei gestellten Oberbürgermeister bestätigt. In München blieb es bei der Rathausmehrheit aus SPD, Bündnisgrünen und Rosa Liste. In Nürnberg können SPD und Grüne eine Mehrheit bilden. Andererseits hat die SPD im ganzen Verluste hinnehmen müssen. Die für uns besonders interessante Partei die Linke mobilisierte in den meisten Fällen geringfügig weniger Stimmen als bei den Bundestagswahlen (in München und in Nürnberg). Ein herausragend besseres Ergebnis kam in Schweinfurt zustande, wo die

Gemeinderatsliste der Linken auf 8,6% kam. Spitzenkandidat war der örtliche DGB-Vorsitzende.

Nach dem Wahlrecht, der Tradition und dem politischen Gegenstand sind Kommunalwahlen in Bayern nur sehr abgeschwächt „Parteiwahlen“.

Nach dem Wahlrecht: Die Parteien können mit der von ihnen bestimmten Reihenfolge auf der Liste den Wählerinnen und Wählern nur einen Hinweis geben, wer aus Sicht der Partei gewählt werden sollte, welche Reihung entsteht und wer also ein Mandat enthält, liegt vollständig in der Hand der Wählerinnen und Wähler. Sie können bis zu drei Stimmen auf eine Person ihrer Wahl kumulieren. Sie können Bewerber anderer Partei zu dem Listenvorschlag hinzufügen. Wenn die Wahl vorbei ist, haben die Gewählten ein stark persönlich geprägtes Ergebnis. Wollen sie wiedergewählt werden, brauchen sie Wählerinnen und Wähler, die ihnen persönlich drei Stimmen geben oder ihren Namen auf die Liste einer anderen Partei schreiben.

Nach der Tradition: Die seit langen Jahrzehnten regierende CSU, die ihre Mehrheit und Geschlossenheit als Lan-

despartei äußerst energisch durchsetzt und Illoyalität nicht durchgehen lässt, lässt bei der Kommunalpolitik auch einmal parteilose Kandidaten aufkommen, geht ins Bündnis mit Wählervereinigungen, spaltet sich immer wieder mal in Gegenkandidaturen. Wahrscheinlich weil die CSU als bürgerliche Partei weiß, was kontroverse lokale Geschäftsinteressen ausrichten können, verfällt nicht gleich der Ächtung, wer hier mal aus der Reihe tanzt.

Der Gegenstand: Bei den Kommunalwahlen schauen die Wählerinnen und Wähler auf den Zustand der öffentlichen Dienste und Güter, die auf der kommunalen Ebene bereitgestellt werden. Eine große Rolle spielen Planungsvorhaben, die das Umfeld des täglichen Lebens verändern. Das Urteil zu solchen Plänen ergibt sich nicht aus einer Parteiloyalität und auch nicht aus der Übereinstimmung mit politischen Werten, bewertet werden die Veränderungen im eigenen Lebensumkreis.

Die Diskussion von Kommunalwahlergebnissen, die unter solchen Umständen zustande kommen, fordert die Auseinandersetzung mit den tatsächlichen am Ort vorliegenden Problemsituationen, Konsequenzen ergeben sich für die Politik am Ort.

Die Veränderungen im Parteiensystem, die keineswegs lokaltypischen gesellschaftlichen Veränderungen folgen, werden selbstverständlich auch bei den Kommunalwahlen sichtbar. In einer Hinsicht sogar ganz besonders deutlich: Für die Kommunalwahlen müssen die Parteien und Wählervereinigungen eine sehr große Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern aufbieten. Das wirft besondere Probleme auf, wenn die Parteien einen kulturellen Wandel durchmachen.

In einer Stadt wie München hat die SPD im Bündnis mit den Grünen und der Rosa Liste eine Kultur der öffentlichen Dienstleistung geschaffen, die sich sehr deutlich vom Modell des autoritären Staates abhebt. Um die Gewährleistung von öffentlicher Ordnung und Stabilität gab es denn auch eine wichtige Auseinandersetzung mit der örtlichen CSU, die anlässlich der bundesweit breitgetretenen Gewalttat Jugendlicher an einem Rentner eine Hau-drauf-Stimmung zu erzeugen suchte. Die CSU scheute sich nicht einmal, Szenen aus dem amtlichen Video-Mitschnitt in ihrer Wahlwerbung plakativ zu verwenden. Die große Masse des meist gut ausgebildeten Dienstleistungspersonals weiß, dass man so mit Leuten nicht umgehen kann, sie wollen das auch nicht. In dieser Hinsicht ist das Rathausbündnis aus SPD, Grünen und Rosa Liste die Alternative der Wahl. Und es ist gerade die Rosa Liste, die daran erinnert, welche Schrecken ein nach Gesetzen und

Stadtrats- und Gemeinderatskandidaturen. Nachrichtlich: Die PDS erreichte bei den Kommunalwahlen 2002 in München mit 1,4 Prozent ein Mandat. Die Kandidaturen in Augsburg und Nürnberg konnten mit jeweils 1,2 Prozent keine Mandate erreichen. 1996 war die Linke/internationale Liste Nürnberg mit 1,6 Prozent sehr knapp gescheitert.

Kandidatur	Ergeb08	Sitze08	Ergebn. BTW	Differenz	Einwohner
Ansbach	3,0	1	4,2	-1,2	40.624
Augsburg	3,5	2	4,2	-0,7	264.265
Asbach-Bäumenheim	10,3	1	3,2	+7,1	4.309
Erlangen	4,2	2	3,7	+0,5	104.600
Freising	5,2	2	3,6	+1,6	44.505
Fürth	4,4	2	5,3	-0,9	114.351
Gochsheim	7,4	1	8,1	-0,6	6.318
Hof	4,6	2	4,6	0	48.124
Ingolstadt	4,2	2	3,8	+0,4	122.359
Kösching	4,6	0	2,8	+1,8	8.812
Laufen	4,7	1	3,4	+1,3	6.645
Leipheim	4,0	0	3,4	+0,6	6.758
München	3,7	3	3,9	-0,2	1.348.650
Nürnberg	4,8	3	5,1	-0,3	503.155
Regensburg	4,6	2	4,0	+0,6	131.489
Schweinfurt	8,6	4	7,5	+1,1	53.646
Tapfheim	6,1	1	2,2	+3,9	4.042
Weißenburg	4,4	1	3,4	+1,0	17.648
Würzburg	4,3	2	4,1	+0,2	134.225
		32			

Quelle für die Einwohnerzahlen: www.wikipedia.de. Die Zahlen sollen dem/der ortunkundigen Leser/in einen Eindruck von der Größe der Städte und Gemeinden geben.

Quelle für die Ergebnisse: <http://www.kommunalwahl2008.bayern.de>

Vergleichszahlen: Es ist schwierig, für die Kommunalwahlen 2008 in Bayern im Hinblick auf das Abschneiden der LINKEN Vergleichszahlen heranzuziehen. Aus vergangenen Kommunalwahlen liegen nur Ergebnisse der PDS für Augsburg, Nürnberg und München vor. Als Vergleichszahlen verwende ich daher die Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 2005 für die Linkspartei. Doch natürlich ist so ein Vergleich mit Vorsicht zu genießen: Gerade das bayerische Wahlrecht ist ausdrücklich auf Personenwahlen zugeschnitten, Wählerinnen

und Wähler geben hier in besonderem Maße an, sich an kommunalen Themen zu orientieren. Die Präsenz zahlreicher freier Wählergruppen und auch kleinerer Parteien (wie zum Beispiel der ÖDP, die kommunal in Bayern durchaus von Bedeutung ist) schränkt den Wert dieser Vergleichszahlen weiter ein.

Kreistagskandidaturen: Die Linke (in Haßberge trat das Linke Bündnis Haßberge an) hat insgesamt 10 Kreistagsitze in Bayern errungen.

Kandidatur	Ergeb08	Sitze08
Donau-Ries	3,7%	2
Freising	3,4 %	2
Haßberge	4,1 %	2
Weißenburg	2,8%	1
Schweinfurt	5,2 %	3

Auszüge aus: Andreas Thomsen, Ergebnisse der bayerischen Kommunalwahl 2008 aus der Sicht der Linken.

Vollständig: www.kurt.eisner-verein.de

Allgemeine Tendenzen und ausgewählte Städte – Insbesondere in den Städten musste die CSU erhebliche Verluste hinnehmen.

In *Nürnberg* und *München* spielten der CSU-OB-Kandidaten gegenüber den SPD-Amtsinhabern Maly und Ude keine Rolle. In beiden Städten erhielten die SPD-Kandidaten deutlich über 60%. Bei der Nürnberger Stadtratswahl verliert die CSU 11,6%, in München ca. 8,4%. In Nürnberg hat die SPD 3,7% gewonnen, in München 2,1% verloren. Aber auch die CSU-Bürgermeisterin von *Würzburg* und der populäre *Regensburger* Bürgermeister Schaidinger müssen in die Stichwahl gegen die SPD-Kandidaten.

In *Passau* wurde der CSU-Amtsinhaber sogar deutlich von seinem SPD-Konkurrenten geschlagen und muss nun ebenfalls in die Stichwahl.

Im *Landkreis Freising* – dort wird um Transrapid und Flughafenbau gestritten – gehen der Kandidat der Grünen und ein Kandidat der Freien Wähler in die Stichwahl. Hier kann Christian Magerl von Bündnis90/Die Grünen erster grüner Landrat Bayerns werden.

Im schwarz-rot regierten *Ansbach* verlor die CSU 7,9%, die SPD 5,4%. SPD und CSU verfügen nur noch über eine knappe Mehrheit.

In *Coburg* ist die SPD stärkste Kraft

- ▶ Verwaltungshandeln autoritärer Staat für die persönliche Lebensgestaltung bedeuten kann. Die Hauptmasse der Wählerinnen und Wähler sammelte sich so unter der Losung „München in guten Händen“.

Nun braucht die SPD, die dieses Geschäftsfeld für sich entdeckt hat, Leute denen man glaubt, dass sie ein solches Händchen hätten. Konsequenz führt Franz Maget, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, die Schwierigkeiten der Partei in der Fläche auf ein Personalproblem zurück (Fernsehdiskussion gleich nach der Wahl). Er registriert nicht, dass seine Ausschau nach solchen Leuten andere in den Schatten drängt, Menschen und Kräfte, aus denen die Sozialdemokratie sich entwickelt hat. Um bei dem Münchner Beispiel zu bleiben: Das Rathausbündnis hat in den letzten Jahren die Kunst des Ausblendens, des Weg- und Übersehens weit getrieben. Quälend gestaltet sich z.B. die Auseinandersetzung um ein Sozialticket für Menschen in bedrängten Einkommensverhältnissen. Eine Initiative, wenigstens Kindern unter den Verarmten eine Sonderzah-

lung zu gewähren, wurde im Stadtrat mit dem Argument zurückgewiesen, dass Almosen etwas Beleidigendes hätten. – Es zeigt sich, dass die Parteien soziale Problemlagen nicht mehr recht wahrnehmen, wenn in ihren Reihen nicht Menschen willkommen sind, die solche Lebenserfahrungen repräsentieren. Das von Maget gespürte Personalproblem ist Ausdruck eines verengten Horizontes der Partei. Die Ergebnisse in einem Ballungszentrum wie München entstehen, weil die neuen Bezugspersonen der SPD-Politik dort geballt vorkommen.

Die Probleme der CSU – auch sie verliert, auch sie hat ein „Personalproblem“ – stellen sich anders dar. Sie bezieht sich auf Menschen, die Hierarchie und Eigentumsprivilegien bejahen. Die Entwicklung der Arbeits- und Verwaltungsprozesse erfordert aber die Fähigkeit zur Kooperation. Fähigkeit zur Kooperation setzt eine Anerkennung des Anderen voraus, die das schlichte Schema Befehl-Gehorsam, Reden-Hören sprengt. Für die alte Garde der Konservativen ist es ganz klar, dass es immer einen Ober gibt, der den Unter

sticht, und einen, der befiehlt und verlangen kann, dass wer anders folgt. Die CSU will den erforderlichen Wandel durch eine Verjüngung ihres Funktionärskaders bewirken. Aber das dauert, und solange es dauert, steht die Partei hier und da (z.B. in München) mit inakzeptablen Repräsentanten da, die ihre politische Existenz mit Angst- und Hass-Kampagnen rechtfertigen und dabei den neuen Nazis das Tor öffnen. So entstand in München das Klima, in dem eine NPD-Tarnliste unter dem verhetzenden Namen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ einen Sitz ergattern konnte; in Nürnberg hat die gleiche Gruppe die Zahl ihrer Mandate auf jetzt zwei ausgebaut.

Die abgestumpfte Wahrnehmung für Probleme, die aus Unterbeschäftigung, damit verbundener Unsicherheit und Armut, aus Überanstrengung der Arbeitskraft bei Unterbezahlung sich ergeben, hat den Raum geschaffen, in dem sich die Partei die Linke aufbaut und entwickelt. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Partei sind nun gefordert, sich mit der Praxis der Selbstverwaltung auseinanderzu-

geblieben, verlor allerdings 3,2 % und zwei Sitze. Die CSU verlor ca. 10 %.

In *Erlangen* verlor die CSU über 5 %, die SPD fuhr ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946 ein, sie erreichte nur 26,4 %, über 5,8 % weniger als 2002.

In *Weiden* wurde die SPD mit 42,7 % stärkste Partei, sie gewann fast 12 % hinzu. Die CSU verlor über 25,4 % und kam nur noch auf gut 32 %.

In *Passau* hat die CSU über 5 % verloren und kommt nur noch auf 35,4 %. Die SPD verlor dort auch auf etwas über 25 %. Die ÖDP erhielt 15,8 %, die Grünen 8,6 %.

In *Landshut* verlor die CSU die absolute Mehrheit, sie verlor über 12 % und kam nur noch auf 37,5 %. Die Grünen wurden in Landshut zweitstärkste Partei mit 17 %, die SPD kam nur auf 14,1 %.

In *Ingolstadt* verloren die CSU 7,2 % und die SPD 4,2 %. Auch hier ging die absolute Mehrheit der CSU verloren.

Augsburg macht eine Ausnahme vom Trend. Die Stadt wurde seit 2002 von einer sog. Regenbogenkoalition aus SPD, Grünen, ödp und FBU (Freie Wähler) regiert. Diese Mehrheit ist verloren und FBU und ödp haben auch keine Mandate mehr erhalten.

Sieht man aber von den Metropolen München und Nürnberg ab, in denen die überragenden Ergebnisse der Oberbürgermeister das Gesamtbild dominieren, ist das Ergebnis für die SPD durchaus gemischt. Sie verliert ebenfalls in vielen Städten, allerdings nicht so gravierend wie die CSU. (...) Die Wahlbeteiligungen sind durchgehend stark gesunken, häufig sogar unter 50 %.

setzen. Es liegt auf der Hand, dass auch die Partei die Linke ein „Personalproblem“ hat. Die SPD hatte ihre Beziehungen in die sozialen Problemzonen nach dem Muster von Patron und Klient geordnet. Der klassische Parteifunktionär war – von unten gesehen – ein Mann oder auch eine Frau, die etwas für mich tun kann. Diese Art Beziehung ist in der SPD einer Haltung des Achselzuckens gewichen. Sollte die Linke versuchen, dieser untergehenden Sozialtechnik eine neue Heimat zu schaffen? Bis zu einem gewissen Grade ist das eine praktische Notwendigkeit, letztlich kommt es aber darauf an, Teilnahme an der kommunalen Selbstverwaltung zu entwickeln. So war es dann im Münchner Wahlkampf eine interessante Erfahrung, dass im Kommunalwahlkampf eine Diskussion über Problematik und Chancen des Bürgerhaushaltes Interesse fand. Es gibt auch im Bereich der sozialen Fragen ein Interesse an Selbstbestimmung und Selbstverwaltung (Veranstaltungsbericht Seite 22).

Martin Fochler



Offensive der Türkei im Nordirak gescheitert

Nach einer Woche zog sich das türkische Militär am 1. März aus dem Nordirak nach schweren Gefechten mit der PKK zurück. 10.000 Soldaten türkischer Eliteeinheiten hatten zuvor versucht mitten im tiefen Winter gegen die PKK vorzugehen. Die ausgegebenen Kriegsziele – eine deutliche Schwächung oder gar Zerschlagung der PKK und eine Destabilisierung des irakischen Föderationsstaates Kurdistan – wurden nicht erreicht.

Schon seit Oktober marschierten türkische Truppen bis zu einer Stärke von 250.000 Soldaten an der Grenze auf, die Armee ging in den kurdischen Grenzprovinzen zu einem Dauereinsatz gegen die Guerillakräfte über und begann ab Dezember mit andauernden Bombenangriffen auf PKK-Stellungen im Nordirak. In der letzten Februarwoche überschritten dann Spezialeinheiten unterstützt von Panzern, Artillerie und Luftangriffen die Grenze nach Südkurdistan. Israel unterstützte den Angriff mit Luftaufklärung. Wahrscheinlich hatte es sich die Militärführung einfach vorgestellt, durch die tief verschneiten Täler und Schluchten blitzschnell in das Gebiet Zap vorzustoßen, in dem die Führungskader der PKK vermutet werden. Die Generäle setzten darauf, die Guerilla zu überraschen, dass die kurdischen Kämpfer sich zurückziehen und offene Kämpfe vermeiden. Und gerade diese Taktik ging nicht auf. Schon nach ein, zwei Kilometern saß der türkische Vorstoß

fest. Die großen Camps direkt an der Grenze waren schon lange geräumt. Starke Guerillakräfte setzten der türkischen Armee tags- und nachts über einen derart heftigen Widerstand entgegen, dass ganze Militärverbände völlig demoralisiert ausgetauscht werden mussten. Mehrere Panzer wurden zerstört, ein Hubschrauber abgeschossen. Die eisige Kälte in den Bergen tat das übrige.

Der türkische Generalstab erklärte, dass um die 250 Guerillakämpfer getötet wurden und ihre eigenen Verluste 27 Mann betragen. Jetzt wüsste die PKK, dass der Nordirak für sie keine sichere Region sei. Weitere Angriffe auf den Nordirak behielt sich der Generalstabschef vor. Es ist interessant, dass die türkischen Medien den Erfolg im Nordirak anzweifeln. Sie zitieren auch die Angaben der PKK-Führung. Murat Karayilan sagte in Roj TV: „Sie haben Verluste gehabt, die Moral liegt am Boden.“ Die türkische Armee sei hinter der Grenze kaum zwei Kilometer vorwärtsgekommen. Von über 100 getöteten türkischen Soldaten seien viele im Schnee erfroren. „Die beiden Brigaden an der vordersten Front, die angesichts des Widerstandes der Guerilla einen schweren Schlag und Schock erlitten, wurden am dritten Tag ausgewechselt. Die türkische Armee wollte mit neuen Kräften weitermarschieren. Dagegen unternahm die Guerilla in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar einen umfassenden Angriff, der zu schweren Verlusten der Kräfte der türkischen Armee und einer Bewegungsunfähigkeit führte. Am Morgen des 28. Februar gab die türkische Armee den Angriff auf und zog ihre Kräfte eine Etappe zurück. Gleichzeitig unternahm die Guerilla einen Gegenschlag von zehn Seiten aus, woraufhin die Armee ihre Kräfte ganz aus dem Einflussgebiet der Guerilla abzog. ... Wenn dieser erste Angriff auf das Hauptquartier der HPG Erfolg gehabt hätte, wären die bereit-



gestellten Truppen in Bewegung versetzt und die Gebiete Haftanin und Xakurke besetzt worden. Somit wäre der Plan, eine Pufferzone zu errichten, frühzeitig umgesetzt worden und die türkische Armee hätte gleich zu Beginn des Jahres 2008 an moralischer und strategischer Überlegenheit gegenüber der Guerilla gewonnen. Aber dem Kräfteungleichgewicht zum Trotz wurde ... die türkische Armee in eine große Niederlage geführt.“ Es handele sich möglicherweise um die härteste Niederlage, die die türkische Armee in dem 25 Jahre währenden Krieg erlitten habe, was für die Guerilla in Bezug auf Initiative und Moral den Vorteil großer Überlegenheit bedeute. Bei den Gefechten seien insgesamt neun Guerillakämpfer gefallen.



Die USA versorgten die türkischen Militärs mit Geheimdienstinformationen gegen die PKK. Sie warnte aber seit Monaten vor einer Invasion in den Nordirak. Als die Armee den Angriff startete, sprach die US-Regierung von tiefem Verständnis für das Vorgehen gegen die PKK, aber die Türkei solle ihren Vorstoß möglichst rasch beenden. Am 29. Februar wurde die Forderung, die Türkei solle aus dem Nordirak abziehen, der US-Regierung und des US-Militärs, die Türkei solle aus dem Nordirak abziehen, ultimativ. Die US-Besatzungsmacht im Irak sympathisiert mit einer Dreiteilung des Irak in einen schiitischen, einen sunnitischen und einen kurdischen Teil. Die kurdische Region ist die stabilste im Irak. Dort muss die US-Armee keine Kräfte binden.

Nach dem Vorstoß der türkischen Armee und den heftigen Widerstandskämpfen der PKK-Guerilla kam es dann auch zu Unterstützungsdemonstrationen im Irak. Das veranlasste die irakische Regierung ein Ende der Invasion zu verlangen. Irakisch-kurdische Peshmergaeinheiten wurden nicht in die Kämpfe verwickelt. Ein Sprecher des irakischen Staatspräsidenten Talabani betonte die Aussichtslosigkeit eines Militärschlages in diesem Gebiet und wiederholte das Angebot, zwischen der Türkei und der PKK zu vermitteln.

In der Türkei kam es in allen größeren Städten zu Demonstrationen und Kundgebungen, an denen sich Zehntausende Menschen beteiligten. Die Regierung Erdogan und die AKP gehen geschwächt aus dieser Auseinandersetzung hervor. Sie wollten gerade in den kurdischen Provinzen in den kommenden Kommunalwahlen die dort dominierende pro-kurdische DEP schlagen. Die Niederlage im Nordirak stärkt der kurdischen Bewegung den Rücken. Insgesamt zeichnet sich in der Türkei eine tiefe Spaltung zwischen

Türken und Kurden ab. Immer häufiger kommt es im Westen der Türkei zu Übergriffen türkische Nationalisten auf kurdische Geschäfte und auf Wohngebiete, wo mehrheitlich Kurden wohnen. Die Stimmung in der Türkei ist massiv aufgeheizt.

Es wird nicht der letzte Vorstoß der türkischen Armee in den Nordirak gewesen sein. Die türkische Armee hatte bisher vier festungsartig ausgebaute Stützpunkte in Südkurdistan. Dazu sind jetzt weitere sieben Stützpunkte an der Grenze gekommen. Das in der Öffentlichkeit angeschlagene türkische Militär wird weiter versuchen, den Nordirak zu destabilisieren und den innertürkischen Konflikt mit der kurdischen Bevölkerung und der PKK mit Sicherheitskräften und Militäroperationen zu lösen.

Ein PKK-Sprecher erklärte: „Letztlich hat diese Kriegspraxis ein weiteres Mal deutlich gemacht, dass mit Militäroperationen und gewalttätigen Methoden keine Ergebnisse zu erzielen sind. Es ist offensichtlich geworden, dass die Strategie des türkischen Staates, die Befreiungsguerilla Kurdistans auszuschalten und unter Einsatz militärischer Kraft Einfluss über Südkurdistan zu gewinnen, keine leicht umsetzbare Strategie ist ... Der türkische Staat muss davon absehen, die kurdische Frage mit gewalttätigen Methoden zu lösen ... Das ist nur über eine Konfrontation des türkischen Staates mit seiner eigenen Realität und Zugeständnisse möglich. Ohne eine Berücksichtigung des Willens des kurdischen Volkes ist es nicht möglich. Eine gesellschaftliche Versöhnung verläuft über eine gegenseitige Anerkennung und Respektierung. Zunächst muss der türkische Staat und seine Führung dies erkennen.“

Ein nächster Kulminationspunkt dieser Auseinandersetzung werden die Newrozfeiern am 21. März sein, am 5. und 6. März flogen schon wieder türkische Kampfbomber über dem Nordirak.

Rudolf Bürgel

Streikwelle in Griechenland

In Griechenland reißen die Proteste gegen die staatlichen Reformen nicht ab. Seit Monaten kommt es zu Streiks in einzelnen Branchen. Jetzt fand am 13. Februar der zweite Generalstreik innerhalb zweier Monate gegen die Rentenreform statt. Mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte beteiligten sich, fast die Hälfte aller abhängig Beschäftigten. Das gesamte öffentliche Leben und der Warenverkehr zu Land, Luft, und See waren lahm gelegt. Hunderttausende beteiligten sich an Demonstrationen gegen die konservative Regierung unter Ministerpräsident Karamanlis, allein in Athen 200.000 und in Thessaloniki 90.000. Zu den Demonstrationen in Athen und Thessaloniki hatten die beiden Gewerkschaftsdachverbände ADEDY (Öffentlicher Dienst) und GSEE (Private Wirtschaft) aufgerufen, die kommunistische Gewerkschaftsfront PAME dagegen in 63 Städten. Viele private Betriebe und Baustellen, vor allem aber Behörden, Schulen und Gerichte blieben geschlossen, in Krankenhäusern wurden nur Notfälle aufgenommen. Auch Zahnärzte und Rechtsanwälte beteiligten sich am Streik. Der griechische Luftraum wurde für einen Tag geschlossen, der Fährverkehr zu den griechischen Inseln ruhte. Busse, Metro und Straßenbahnen fuhren nur, um die Streikenden zu den Kundgebungen und nach den Demonstrationen wieder nach Hause zu bringen. Am 13. Februar gab es keine Nachrichten in Rundfunk, Fernsehen und auf den Internetportalen. Am Tag nach dem Streik erschienen keine Tageszeitungen als Folge des Journalistenstreiks.

Die „Reform“ des griechischen Rentensystem sieht ähnlich wie in der gesamten EU eine schrittweise Erhöhung des Eintrittsalters bei gleichzeitiger Verringerung der Rentenbezüge vor. Zuerst soll das Mindesteintrittsalter für Männer nach 35-jähriger versicherter Arbeitszeit von 58 auf 60 Jahre angehoben werden. Mütter, die nach 20 Arbeitsjahren mit 50 in Rente gehen können, sollen fünf Jahre länger arbeiten. Die bestehenden Pensionsfonds sollen aufgelöst und deren Rücklagen staatlich vereinnahmt werden. Hinzu kommen weitere Regierungsvorhaben wie das neue Universitätsgesetz und





Vier Monate lang standen die Beschäftigten Tag für Tag, bei Regen und in Eiseskälte, vor den Toren, um den Einsatz der Streikbrecher zu verhindern. Jetzt rufen die US-Gewerkschaft BCTGM und die IUF, die Internationale Gewerkschaft der Farm-, Lebensmittel- und HotelarbeiterInnen, zur Solidarität auf: www.iuf.org/cgi-bin/dbman/db.cgi?db=default&uid=default&ID=4866&view_records=1&ww=1&en=1

Internationaler Aktionstag für die Freiheit iranischer Gewerkschafter

Am 6. März fanden weltweit Solidaritätsproteste für die Freiheit von Mansour Osanloo und Mahmoud Salehi, zwei seit vielen Monaten inhaftierte iranische Gewerkschaftsführer statt. In Teheran und anderen iranischen Städten fanden kleinere Versammlungen und Protestaktionen vor allem von Busfahrern statt: Mansour Osanloo ist Vorsitzender der Teheraner Busfahrergewerkschaft und wegen der Organisation von Streiks zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Mahmoud Salehi, der Vorsitzende der Bäckereigewerkschaft in Iranisch-Kurdistan, wird seit langem drangsaliert. Sein Gesundheitszustand ist, auch aufgrund der ständigen Übergriffe des Gefängnispersonals, extrem schlecht, er musste in den letzten Wochen mehrfach ins Krankenhaus eingeliefert werden, wird aber stets schnell zurück ins Gefängnis verbracht. Zum Aktionstag hatte die Internationale Transportarbeiterföderation aufgerufen. In Großbritannien, Japan, Äthiopien, Australien, Kanada, Palästina, Irak, Korea, Norwegen und der Ukraine beteiligten sich Mitglieder der jeweiligen Transportgewerkschaften am Aktionstag. (Quelle: itfglobal.org)

umfangreiche Privatisierungen im Bildungsbereich, die Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen, die Auflösung von Kollektivverträgen und Erschwerung flächendeckender Tarifabschlüsse, die Kürzung von Sozialausgaben sowie Privatisierungen öffentlicher Unternehmen wie z.B. Olympic Airways, des staatlichen Stromversorgers DIE, die Hafengesellschaften usw. Gegen die Übernahme der DIE durch die deutsche RWE streikten die Beschäftigten an mehreren Standorten vom 3. bis 6. März. In Kavala fand eine De-

monstration von 10.000 Menschen statt. Schulen und öffentliche Einrichtungen blieben an dem Tag in der Stadt aus Solidarität geschlossen. Gewerkschafter besetzten die Zentrale der DIE und verhinderten, dass der Vorstand über den Vorvertrag für die Übernahme abstimmen konnte. Die Hafentarbeiter in Piräus und Thessaloniki streikten im Januar und Februar jeweils mehrere Tage gegen die Privatisierung der Containerhäfen wobei es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sicherheitsfirmen kam. *rub*



New York: Teearbeiter vier Monate im Streik

Seit dem 1. November streiken die Beschäftigten von Redco Foods, einem Teehersteller, der sich seit 1995 im Eigentum des deutschen Unternehmens Teekanne befindet. Redco hat seine Produktionsstätten in einer durch hohe Arbeitslosigkeit und Armut gekennzeichneten ländlichen Region New Yorks. Als der Tarifvertrag im letzten Juli auslief, begann das Unternehmen, neu eingestellten Arbeitern diskriminierende und inakzeptable Bedingungen zu diktieren und die in

langen Jahren erkämpften Arbeitsbedingungen zu unterhöheln: Im Unterschied zu bereits Beschäftigten sollten neu Eingestellte einen Grundbeitrag zur Krankenversicherungen leisten, sie sollen von der Betriebsrente ausgeschlossen werden und Kürzungen beim Urlaub hinnehmen. Redco verweigerte jede Verhandlung darüber, und als die Beschäftigten, unterstützt von ihrer Gewerkschaft, die Arbeit niederlegten, versuchte das Management, den Streik durch Streikbrecher zu unterlaufen.

Proteste vor Botschaften in Ankara gegen den Ilisu-Staudamm

Proteste vor den Botschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in Ankara: Mehr als 1.500 Personen wollen Asyl in Deutschland, Österreich und der Schweiz beantragen, falls der Ilisu-Staudamm tatsächlich vollendet und ihre Dörfer und Felder vom aufgestauten Tigris überflutet werden. Entsprechende Schreiben überreichten hundert aus dem kurdischen Baugebiet der Ilisu-Staudamms angereiste Demonstranten den drei Botschaften in Ankara. Die drei Länder unterstützen das Staudammprojekt mit Garantiekrediten – in Deutschland mit Hermesbürgschaften. In bilateralen Verträgen wurden die Exportgarantien mit Auflagen verbunden, die die Umsiedlungen, Entschädigungszahlungen, Kulturgüter und den Umweltschutz betreffen. Die Auflagen werden von der Türkei bisher nicht eingehalten. *rub*

Zug der Erinnerung – Zentrale Demonstration am 12. April

BERLIN. Zu einer zentralen Demonstration in Berlin gegen die Deutsche Bahn AG rufen bundesweite Bürgerinitiativen am 12. April auf. Die Proteste sollen zum Hauptsitz des Logistikkonzerns führen, der in Berlin residiert. Anlass sind Finanzforderungen der Bahn AG, die das Gedenken an die europäischen Opfer der NS-Deportationen mit hohen Gebühren belegt. Für den Zugang zu einer Wanderausstellung auf deutschen Bahnhöfen, von denen Kinder und Jugendliche in die Vernichtungslager verschleppt wurden, verlangt das Nachfolgeunternehmen der Täter stündliche Zahlungen. Die Gesamtforderungen der Bahn AG summieren sich auf bis zu 100.000 Euro, kalkulieren die Veranstalter im „Zug der Erinnerung“. Mit den Lebenszeugnissen ermordeter Jugendlicher aus den Niederlanden, Belgien oder Polen soll der Zug am 8. Mai die Gedenkstätte Auschwitz erreichen. Dutzende Täter, die als Logistiker der NS-„Reichsbahn“ für die reibungslosen Todestransporte nach Auschwitz sorgten, setzten ihre Karrieren im deutschen Eisenbahnwesen der Nachkriegszeit fort. Massenverbrecher wurden von der Deutschen Bundesbahn (DB) geehrt. Gleichzeitig brachte das Unternehmen dem Gedenken an die Opfer erbitterten Widerstand entgegen. „Beim jetzigen Bahn-Boycott gegen den ‚Zug der Erinnerung‘ wiederholt sich der Versuch, die staatlichen Kontinuitäten in den deutschen Großorganisationen zu vernebeln und zu vertuschen“, heißt es in einer Stellungnahme der Initiatoren im „Zug der Erinnerung“. Inzwischen haben über 120.000 Besucher die Ausstellung der Bürgerinitiativen gesehen und dabei sowohl Opfer- wie Täterbiographien kennen gelernt. Im Zug kommt es immer wieder zu erschütternden Szenen, wensich insbesondere ältere Besucher ihrer Familiengeschichten erinnern und eine stille Beteiligung der Väter und Mütter am NS-Regime offenbaren, schreiben Medienbeobachter. Weil der „Zug der Erinnerung“ nicht ignoriert werden kann, wird er von der Bahn AG mit hohen Kosten belegt: 3,50 Euro pro Schienenkilometer, zwischen 22 und 45 Euro pro Ausstellungsstunde des Gedenkens, fünf Euro pro Stunde für die Nachtabstellung und bis zu 950 Euro für die Gewährung eines Stromanschlusses auf den Bahnhöfen. Gegen diese Praktiken, die von deutschen Parlamentariern beklagt, aber nicht abgestellt werden, richten sich die angekündigten Proteste in Berlin. Dort soll der Zug im April auf dem Zentralbahnhof einlaufen. Dies werde man zu verhindern wissen, heißt es bei der Deutschen Bahn AG.

www.german-foreign-policy.com

Weltrekordversuch „größte Unterrichtsstunde“. BERLIN. „Hand in Hand für Bildung – gleiche Chancen für alle!“ Mit diesem Slogan ruft die Globale Bildungskampagne im April zu Aktionswochen auf, insbesondere am 23.4.2008 um 10.00 Uhr zum Weltrekordversuch „größte Unterrichtsstunde“. Rund um den Globus wird an diesem Tag in Schulen und an anderen Orten die gleiche Unterrichtsstunde über die Notwendigkeit von Chancengleichheit im Bildungswesen abgehalten und damit eine riesige globale Öffentlichkeit erzeugt. Neben der Teilnahme am Weltrekordversuch können Sie im Rahmen der Kampagne auch Politiker und Politikerinnen in die Schule einladen oder mit den Schülerinnen und Schülern Forderungen an die Politik erarbeiten. Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktion steht die Frage der Diskriminierung und Ausgrenzung vom Bildungssystem: Weniger als zehn



Prozent aller Kinder mit Behinderung gehen in Entwicklungsländern zur Schule, aber auch Flüchtlingskinder,

Bald schuldenfrei, aber dumm?

BERLIN. „Dumm und schuldenfrei ist keine gute Perspektive für unsere Gesellschaft.“ Dies sagte Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angesichts der laufenden Verhandlungen zur zweiten Stufe der Föderalismusreform. Damit die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen von derzeit insgesamt 1,5 Billionen Euro nicht mehr zunimmt, sollen unter anderem die Kreditaufnahme und Rückzahlung der Länder reglementiert werden. Das hätte den Effekt, dass insbesondere bei Schule und Hochschule gespart wird. Doch das Bildungswesen sei jetzt schon chronisch unterfinanziert, so Thöne. Die GEW schlägt alternativ einen „Stabilitätspakt für das Bildungswesen“ vor. Bund und Länder sollen sich mit diesem Pakt auf eine neue Gemeinschaftsaufgabe Bildung verpflichten. In diesem Rahmen müssten die Bildungsausgaben schrittweise auf rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus öffentlichen Mitteln angehoben und damit an das Niveau der im internationalen Vergleich führenden Nationen herangeführt werden. „So könnte es gelingen, dass wir mit den Ergebnissen des deutschen Bildungssystems wieder in die europäische Spitzengruppe vorstoßen“, sagte der GEW-Vorsitzende.

www.dgb-jugend.de

Unterschriftenaktion „Sozialabbau stoppen! Sozialstaat stärken!“

BERLIN. Die Sozialverbände Volkssolidarität und Sozialverband Deutschland (SoVD) haben eine Unterschriften-

sammlung begonnen, mit der sie eine breite gesellschaftliche Debatte über ein neues Sozialstaatsverständnis anstoßen wollen. „Wir brauchen einen Sozialstaat, der soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit aktiv gewährleistet. Wir wollen einen Sozialstaat, in dem die Interessen der Menschen Vorrang vor den vermeintlichen Zwängen der Globalisierung und der Demografie haben“, erklärten der Präsident des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) Adolf Bauer und der Präsident der Volkssolidarität Prof. Gunnar Winkler. „Der massive Sozialabbau der letzten Jahre hat unübersehbare Spuren in unserem Land hinterlassen. Dafür stehen Hartz IV, Rentenkürzungen und höhere Belastungen im Gesundheitsbereich. Jeder achte Erwachsene und jedes sechste Kind in Deutschland leben in Armut.“ Ende Mai wird die Veröffentlichung eines Grundsatzpapiers zur Stärkung des Sozialstaats folgen. Für September ist eine Veranstaltung in Berlin geplant.

www.sovd.de

Größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik eingereicht

KARLSRUHE. Dem Bundesverfassungsgericht wurden am 29.2.2008 in Karlsruhe die Vollmachten von über 34.000 Bürgerinnen und Bürgern übergeben, die sich gegen die sechsmonatige Sammlung ihres Telekommunikations- und Bewegungsverhaltens zur Wehr setzen wollen. Gegen die seit 1. Januar 2008 eingeführte Überwachungsmaßnahme richtet sich damit die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik.

Waisen, Kinder ethnischer Minderheiten und generell arme Kinder sind im Bildungswesen der meisten Staaten (auch im Norden) benachteiligt. Die Verwirklichung ihres Rechts auf Bildung ist auch entscheidend dafür, ob die weltweite Armut wirksam reduziert werden wird. Notwendig hierfür ist unter anderem, dass die reichen Staaten mehr Entwicklungshilfegelder für Grundbildung ausgeben: Zum Beispiel hat Deutschland 2006 nur ein Prozent seines Entwicklungshilfebudgets in Grundbildung investiert. Die Globale Bildungskampagne ist ein internationales Bündnis aus Entwicklungsorganisationen und Bildungsgewerkschaften in über 150 Ländern. In Deutschland wird sie von CARE, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Kindernothilfe, Oxfam Deutschland, Plan, dem World University Service und World Vision getragen.

www.kindernothilfe.de/

Im Anschluss schlugen Mitglieder des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung am Platz der Grundrechte in Karlsruhe symbolisch 17 Thesen zur Verteidigung der Grundrechte in der heutigen Zeit an. Für verschiedene Grundrechte wurde je eine These angenagelt, beispielsweise „Die Souveränität des Individuums über seine Daten ist die Voraussetzung der Wahrnehmung seiner Freiheit“. Auf weiteren Tafeln waren entgegen gesetzte Äußerungen von Politikern zu lesen, etwa die Aussage der Bundeskanzlerin: „Es kann doch keinen Raum geben, in dem Terroristen sicher sein können, dass sie sich austauschen können, ohne dass der Staat einen Zugriff hat.“ Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung erklärt dazu: „Wir fordern Regierung und Parlament auf, eine unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen hin einzuleiten. Wir fordern außerdem den sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind. Dazu zählen die Überwachung von Flugreisenden, das geplante zentrale Melderegister, der biometrische und elektronische Personalausweis sowie Präventivbefugnisse des Bundeskriminalamts einschließlich staatlicher Spionage auf Privatcomputern.“ Anfang Februar hatte das Bundesverfassungsgericht den Eilantrag auf Aussetzung der gigantischen Datensammlung zunächst Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und den Länderregierungen zur Stellungnahme zugeleitet. Dabei fragte das

Gericht unter anderem, ob es zutrefte, dass auch ohne Vorratsdatenspeicherung nur 2% der Abfragen von Verbindungsdaten erfolglos bleiben. Das Bundesverfassungsgericht will noch im März über den Eilantrag entscheiden. Eine Umfrage des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung vom Ende Januar 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass viele Menschen seit Jahresanfang die Nutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet vermeiden. In sensiblen Bereichen wie Journalismus und medizinische Beratung hat dies schwerwiegende Folgen für die Betroffenen.

www.vorratsdatenspeicherung.de

BBU kritisiert Uranmülltransport nach Russland!

GRONAU. Nach Angaben des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. konnten am 4.3.2008 erneut Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland die Geheimhaltung der Urananreicherungsfirma Urenco durchkreuzen und an mehreren Bahnhöfen gegen einen strahlenden Uranmülltransport protestieren. Um 19.15 Uhr verließ der ca. 300 Meter lange Sonderzug mit etwa 1000 Tonnen abgereichertem Uranhexafluorid (UF6) die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau, um über Münster, Rheine und Bad Bentheim nach Rotterdam zu fahren. In Rotterdam wird das Uran auf ein Schiff verladen. Ziel ist die russische Stadt Novouralsk, wo nach Auffassung der Anti-Atomkraft-Bewegung das radioaktive Material als Abfall unter freiem Himmel in Containern gelagert wird. Für den Global Player Urenco faktisch eine billige Entsorgung, für die einheimische russische Bevölkerung eine ständige Bedrohung für die Umwelt. Der BBU kritisiert, dass die Gronauer Uranfabrik derzeit massiv ausgebaut wird – trotz beschlossener Atomausstieg in Deutschland. Verantwortlich für den Betrieb und Ausbau der Anlage sind die Düsseldorf-Landesregierung und die Bundesregierung. Sie sorgen dafür, dass die deutschen Urenco-Anteilseigner EON und RWE weiter massiv verdienen, während den Menschen in Russland die strahlende Fracht vor die Tür gekippt wird und die Gronauer Bevölkerung einem dauerhaften Strahlungspotential ausgesetzt ist ... Proteste gegen den aktuellen deutsch-russischen Urantransport erwartet der BBU auch in Russland. Dort engagiert sich z. B. der Umweltverband Ecodefense, in Zusammenarbeit mit deutschen Initiativen, gegen die Urantransporte nach Russland. Der BBU fordert die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik, damit nicht ständig weiterer Atom Müll produziert wird, für den es weltweit kein sicheres Endlager gibt.

www.bbu-online.de

Ärzte warnen vor geplantem Kohlekraftwerk auf dem Kieler Ostufer

KIEL. Als Ärzte, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind, warnen wir vor der geplanten Bewilligung des neuen 800 MV-Kohlekraftwerks in Kiel. Das geplante Kohlekraftwerk würde – abgesehen von dem klimaschädlichen massiven Kohlendioxid ausstoß – in Kiel und Umgebung zu einer erheblichen Zunahme der Luftbelastung mit Kohle-Feinstaub und giftigen Schwermetallen (unter anderem mit Quecksilber, Arsen, Cadmium, Blei, Schwefel- und Stickoxiden) führen und eine dadurch bedingte erhöhte Erkrankungs- und Sterberate der Bevölkerung zur Folge haben, wie dies in zahlreichen renommierten nationalen und internationalen Studien nachgewiesen wurde. Besonders die Zunahme an Erkrankungen der Atemwege, Asthma bei Kindern und chronische Bronchitiden bei Erwachsenen sowie Lungenkrebs und Herzinfarkt führen neben einem höheren Krankenstand zu einer Verkürzung der Lebenserwartung. Dies bedeutet neben dem damit verbundenen menschlichen Leiden auch eine weitere massive Zu-



nahme der Kosten im Gesundheitswesen sowie soziale und wirtschaftliche Folgekosten. Nach einem Bericht im Deutschen Ärzteblatt (DÄ 4/05) sterben schon jetzt mehr Menschen an den Folgen der chronischen Einwirkung von Feinstaub in der Atemluft als durch Verkehrsunfälle. Doch die Grenzwerte für Feinstaub sind in der BRD noch immer viermal höher als von der WHO empfohlen! Durch die Bewilligung eines neuen Kohlekraftwerks würden sich die PolitikerInnen in ihrem Einstehen für die Gesundheit unglücklich machen, ihre Fürsorgepflicht für die Bevölkerung vernachlässigen sowie die in der Selbstverpflichtung als Klimaschutzstadt Kiel eingegangene Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln zugunsten der wirtschaftlichen Interessen eines Stromkonzerns verraten. Als Ärzte weisen wir auf diese fatalen Folgen hin und fordern die politisch Verantwortlichen auf, statt des geplanten Kohlekraftwerks in zukunftsweisende, gesundheitlich und ökologisch verträgliche Energiegewinnung sowie in Energiesparmaßnahmen zu investieren. *Kieler Gruppe der IPPNW/Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung* (aus: Linx Nr. 4/08)



Schleswig-Holstein: Kommunalwahlen im Mai jetzt ohne 5%-Hürde

Der „Arroganz der Macht ist der Stachel des Durchregierens gezogen“

Karlsruhe / Kiel. 13.2. 2008. Die Landesverbände der Grünen und der LINKEN hatten 2007 beim Bundesverfassungsgericht geklagt, weil sie mit der 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen die Chancengleichheit kleiner Parteien verletzt sahen. Am 13.2. 2008 bekamen sie Recht. Bild: Karl-Helmut Lechner, Ortsverband Norderstedt, und Norbert Dachsels, Landesrat DIE LINKE Schleswig-Holstein.

„Diese Entscheidung stärkt die Gleichheit der Wählerinnen und Wähler und fördert die demokratische Vielfalt.“ Der einzige Nutzen einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen bestand bis heute darin, dass die CDU und die SPD damit kleine Parteien und Wählergemeinschaften von der demokratischen Mitsprache in den Kommunen fernhalten konnten. „Heute haben der Pluralismus und die größtmögliche Chancengleichheit der Stimmen gesiegt,“ so der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) in einer Stellungnahme.

Die Arroganz der großen Parteien

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), die 5%-Hürde zu kippen, ist eine schallende Ohrfeige für die Rechtsexperten der CDU und der SPD, die in ihrer Arroganz den kleinen Parteien allerlei Übles bis hin zur Wahlrechtsmanipulation unterstellt haben, weil sie die Sperrklausel abschaffen wollten. Klaus-Peter Puls, Innen- und Rechtsexperte der SPD-Fraktion, hatte dazu in der Parlamentsdebatte des Landtages am 1. Juni 2006 geäußert: „Wir halten die Fünfprozentklausel weiterhin nicht nur für geeignet, sondern für erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften sicherzustellen, ... um der Zersplitterung unserer Kommunalparlamente in allzu viele miteinander nicht koalitionsfähige Kleingruppen vorzubeugen, aber auch und nicht zuletzt, um möglichst auf Dauer unsere kommunale Demokratie vor undemokratischen links- oder rechtsextremistischen Splintergruppen zu schützen.“

In der abschließenden Zweiten Lesung im Landtag in der Sitzung vom 12. Dezember 2006 hatte Puls – und keiner soll bestreiten, solche Politiker sprächen nicht doch hin und wieder die Wahrheit – in einer Anhörung geäußert: „Alle ..Vorschläge (zur Abschaffung der 5%-Hürde) zielen darauf ab, kleinere Parteien zu begünstigen. Ohne den Beratungen ... vorgreifen zu wollen, glaube ich allerdings schon heute erklären zu dürfen, dass die größeren Parteien kaum übermäßig geneigt sein werden, sich durch Wahlrechtsmanipulation selbst zu beschneiden.“

Diese Aussage kommt jetzt wie ein Bumerang auf die große Koalition in Kiel zurück. Jetzt muss der Landtag

eilends das Kommunalwahlgesetz ändern, damit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts rechtzeitig zu den Kommunalwahlen am 25. Mai 2008 umgesetzt ist.

Bei aller Freude über das Urteil des muss man auch die Grenzen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehen. Sie wird nur praktische Bedeutung bei den Kreistagswahlen, in den kreisfreien Städten und in wenigen großen Gemeinden haben. Denn es gibt rein mathematisch bei Wahlen eine Grenze, abhängig von der Anzahl der zu vergebenden Sitze in einem Gemeinderat: De facto müssen Parteien und Wählerlisten in über 95 % der Gemeinden Schleswig-Holsteins auch ohne gesetzliche Hürde mindestens 5 %, wenn nicht sogar viel mehr der gültigen Stimmen erreichen, um ein Mandat zu erhalten. In über 1.000 Gemeinden sind nämlich weniger als 20 Sitze zu verteilen. In einer Gemeinde mit 1.000 Einwohnern und 11 Sitzen benötigt man rund 10 % der abgegebenen Stimmen für einen Sitz.

Aber: Die bisherige 5%-Hürde hat immerhin in 50 Gemeinden bzw. Städten des Landes Schleswig-Holstein praktische Bedeutung gehabt. „Damit kann man schon mit einigen hundert Stimmen in die Norderstedter Stadtvertretung einziehen“, rechnete schon einmal der Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote (CDU) von Norderstedt, einer Stadt mit ca. 72.000 Einwohnern, bei einem Termin der Lokalpresse in weinerlichem Ton vor. „Kommt eine kleinere Partei sogar auf zwei Stadtvertreter in Norderstedt, könnte sie eine Fraktion gründen und hätte damit deren Rechte, wie Sitzungsgeld, Fraktionszimmer und Mitarbeiterhonorar.“ Diese Spielregeln gelten von jetzt an ebenso für Kiel, Lübeck, Neumünster, Flensburg und Itzehoe.

Anders formuliert DIE LINKE in Schleswig-Holstein den neuen Sachverhalt: „Wer genügend Stimmen für einen Sitz im Kommunalparlament hat, bekommt ihn auch“; tja, so einfach ist das manchmal mit der Demokratie.

Die Argumente des Bundesverfassungsgerichtes

Eingriff in die Wahlrechts- und Chancengleichheit: Der Zweite Senat des BVerfG stellte nun in seiner Entscheidung vom 13. Februar 2008 fest, dass

der Landtag Schleswig-Holstein in das Recht der Partei auf Wahlrechts- und Chancengleichheit eingegriffen hat, indem er einen Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Fünf-Prozent-Klausel im Jahre 2007 abgelehnt hat. Die Partei DIE LINKE, Landesverband Schleswig-Holstein, war der Organklage am BVerfG der Grünen beigetreten.

„Weimarer Verhältnisse“: Das Argument mit den „Weimarer Verhältnissen“ lies das Gericht nicht gelten. Hinreichende Gründe, die die Beibehaltung der Fünf-Prozent-Sperrklausel zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen in Schleswig-Holstein erforderlich machen, sind nach Auffassung des BVerfG nicht ersichtlich. Hingegen ist höchst bedeutsam, dass die Wählerstimmen hinsichtlich ihres Erfolgswerts ungleich behandelt würden, je nachdem, ob die Stimme für eine Partei abgegeben werde, die mehr als fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen habe können, oder für eine Partei, die an der Fünf-Prozent-Sperrklausel gescheitert sei. Bürgermeister und Landräte werden in Schleswig-Holstein seit 1995 direkt gewählt. Dies garantiert eine funktionierende Verwaltung, unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in den Gemeindevertretungen. Zudem reicht bei Abstimmungen über Sachentscheidungen bereits eine relative Mehrheit aus. Das Gericht verwies auch darauf, dass nahezu alle Flächenländer im Bund die Fünf-Prozent-Klausel bereits abgeschafft haben und aus dortigen Rathäusern und Gemeindevertretungen keine „schwerwiegende Störungen der Funktionsfähigkeit“ bekannt geworden sind.

Verfassungsfeinde: Auch das Argument von CDU und SPD für die Sperrklausel, sie diene dazu, verfassungsfeindliche oder (rechts-) extremistische Parteien von der Beteiligung an kommunalen Vertretungsorganen fernzuhalten, hat das Gericht widerlegt. Für die Bekämpfung verfassungswidriger Parteien stehe das Parteiverbotsverfahren zur Verfügung.

Gesamtwohlorientierung: Sodann setzte sich das Gericht mit der sogenannten Gesamtwohlorientierung auseinander. Wählergruppen oder Einzelbewerber würden nur für Einzelinteressen stehen und sich nicht am „Gemeinwohl“ des Staates orientieren. Die Sicherung der Gesamtwohlorientierung ist kein zwingender Grund. Denn das Kommunalverfassungsrecht und seine Wirklichkeit sind von dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Gemeindebürger geprägt, so das Gericht. Auch wenn insbesondere in größeren Gemeinden und Kreisen die Willensbildung der Bürger überwiegend von den politischen Parteien geformt wird, so folgt doch aus der Garantie der kom-

munalen Selbstverwaltung, dass die Auslese der Kandidaten für die kommunalen Vertretungskörperschaften jedenfalls auch nach partikularen Zielen möglich sein muss und daher nicht ausschließlich den ihrem Wesen und ihrer Struktur nach in erster Linie am Staatsganzen orientierten politischen Parteien vorbehalten werden darf. Es muss auch ortsgebundenen, lediglich kommunale Interessen verfolgenden Wählergruppen (Rathausparteien oder Wählervereinigungen) das Wahlvorschlagsrecht und ihren Kandidaten eine chancengleiche Teilnahme an den Kommunalwahlen gewährleistet sein. Die Entscheidung, welche Partei oder Wählergemeinschaft die Interessen der Bürger am besten vertritt, obliegt nicht dem Wahlgesetzgeber, sondern dem Wähler. Somit gilt die Sperre jetzt nur noch im Saarland und in Thüringen sowie in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. In Rheinland-Pfalz gilt seit 1989 eine „Wahlzahl“ von 3,03 Prozent. In Thüringen läuft bereits eine Initiative gegen die Beschränkung durch die Sperrklausel. Dort hatte der Verfassungsgerichtshof ein Urteil zu einer Klage der FDP mit Blick auf die

Karlsruher Entscheidung zu Schleswig-Holstein zurückgestellt.

Stellungnahme des DGB

Interessant zu berichten ist die Stellungnahme des DGB Schleswig-Holstein Ost. „Der Fall der 5%-Klausel ist ein wichtiges Signal und eine Herausforderung für alle Parteien. Das politische Spektrum wird breiter und bunter. Absolute Mehrheiten werden unwahrscheinlicher.“ Die Antwort darauf könne nur ein anderer, kooperativer Politikstil sein. Glaubensbekenntnisse und politische Ideologien werden in die zweite Reihe treten müssen. Mit Blick auf Entscheidungen in der Schulpolitik, bei Privatisierungen oder bei sozialpolitischen Themen sei das nur zu begrüßen. Dadurch bestehe die große Chance, dass der Wille von Bürgerinnen und Bürgern bei kommunalen Sachfragen stärker in den Fordergrund rückt, so Uwe Polkaehn, DGB-Regionsvorsitzender. Eine begrüenswerte Konsequenz sei, dass „der Arroganz der Macht der Stachel des Durchregierens gezogen“ werde.

Karl-Helmut Lechner

Quellen: Urteil des BVerfG vom 13.02.2008, Az.: 2 BvK 1/07; eigene Recherche

Kommunalwahl in Schleswig-Holstein – im Aufwind oder im Sturm zerrüttet?

„Frischen Wind von LINKS“ wollen die inzwischen auf 1000 Genossinnen und Genossen angewachsenen LINKEN in Schleswig-Holstein in den begonnenen Kommunalwahlkampf bringen. Am 25. Mai wird in diesem nördlichsten Land der westlichen Bundesländern darüber entschieden, ob die Partei zum ersten Mal in die hiesigen Parlamente und Stadtvertretungen einziehen kann.

Seit Gründung des Landesverbandes am 2. September 2007 ist besonders bei Neumitgliedern ein reges Interesse entstanden – sicher auch auf Grund der nach den letzten Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg vermuteten Wahlchancen –, Ämter und Verantwortlichkeiten zu übernehmen, so dass ausreichend KandidatInnen auf den (Direkt-) Listen stehen. In den Grenzen der 15 Kreise dieses Landes organisierten sich ab dem 7. Juli 2007 14 linke Kreisverbände, wobei der Kreisverband Schleswig-Flensburg/Flensburg die kreisfreie Stadt Flensburg und den Landkreis Schleswig-Flensburg umfasst. In fast der Hälfte der Kreise, meist „auf dem flachen Land“ – so z.B. in Nord-Friesland, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Stormarn, Segeberg, Ostholstein und Lauenburg sind erstmalig überhaupt aktionsfähige Kreisverbände entstanden.

Der Streit in Niedersachsen um die Aussagen von Christel Wegener im Panorama-Interview und ihrem Ausschluss aus der Fraktion hat auch

bei der LINKEN zwischen den beiden Meeren seine Spuren hinterlassen. Der Landesparteitag hatte auf seinen Sitzungen zur Kommunalwahl 2007/08 gebilligt, dass in den Kreis- und Ortsverbänden auf der Grundlage einer inhaltlichen Auseinandersetzung Menschen auf den offenen Listen kandidieren sollten. GenossInnen der DKP, mit denen seit langem vor Ort eine politische Zusammenarbeit vor allem in der antifaschistischen und Friedenspolitik stattgefunden hatte, wurden dazu gefragt und gewonnen. Nur mit einer Ausnahme wurde das in Frage gestellt. Im Kreis Kiel (Landeshauptstadt) gab es eine schriftliche Mitgliederbefragung, die mit knapper Mehrheit dazu führte, dass die DKP grundsätzlich nicht auf ihren Listen erscheinen sollten.

Erst die von der bürgerlichen Presse nach der Niedersachsen-Wahl in Szene gesetzte antikommunistische Kampagne führte dazu, dass nun auch in einigen weiteren Kreisen pauschale und individuelle Ausschlussanträge gegen DKPler gestellt wurden. Im Kreis Pinneberg wollte der erst vor kurzem zur LINKEN übergewechselte Vorstandsvorsitzende Eggers-Frey (zuvor 43 Jahre lang Mitglied in der SPD) laut einer mit seinem Vorstand übrigen unabgesprochenen Pressemitteilung im „Pinneberger Tageblatt“ die DKP „Aus Prinzip nicht!“ auf der Kreisliste kandidieren lassen. Dem stellte

PROGRAMMVIELFALT. Am 7. April ist der endgültige Abgabetermin für die Kandidaturen. In sämtlichen Kreisen in Schleswig-Holstein sind ausreichend Direkt- und Listen-KandidatInnen für die Kreistage, bzw. die kreisfreien Stadtvertretungen aufgestellt, auch in einigen kleineren Ortsverbänden, so z.B. in der ländlichen Stadt Heide wie auch in den größeren Städten Norderstedt (80.000 Einwohner), Itzehoe und Wedel. Alle Kreise, Ortsverbände und Städte können für die Kommunalwahl mit einem – in vier Fällen noch nicht verabschiedeten – eigenen Wahlprogramm aufwarten. Dabei stehen folgende Forderungen an erster Stelle: • Hartz IV muss weg! – Kampf gegen die Kinderarmut • Gegen das dreigliedrige Schulsystem – für die integrierte Gemeinschaftsschule • Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums – für eine soziale Stadt • mehr Demokratie und direkte Bürgerbeteiligung: – Mindeststandards in der Wirtschaftspolitik.

An vielen Orten wird die Einführung eines Sozialticket für Bus und Bahn gefordert und ein Kultur-Ticket für den günstigen Zugang zu Konzerten, Theatern, Kinos, Schwimmbad, Museen und Büchereien, wie z.B. Norderstedt. Ausführlich werden in Kiel für bestimmte Problemgruppen bessere Wohnbedingungen gefordert, z.B. niedrigschwellige Angebote für Obdachlose mit Tageswohnungen und Übernachtungsplätzen verbunden mit Zugangsmöglichkeiten für eine ärztliche Versorgung und hygienischen Einrichtungen. Lübeck will eine behindertengerechte und frauengerechte Stadt, eine Stadt, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender gut leben können. Ebenso sollen MigrantInnen und Flüchtlingsberatungsstellen finanziell unterstützt werden.

Die grundsätzliche Vorstellung, ein anderes integriertes Gemeinschaftsschulsystem einzuführen, wird ebenso durch vielfältige konkrete Vorschläge vor Ort untermauert: durch längere Öffnungszeiten für Kindertagesstätten, mehr und besser ausgebildetes Personal, Einrichtung von Stellen für Sozialpädagogen, Sanierungen der Schulen, Ausrüstung mit Computern, Freizeiträumen und Cafeterien. Selbstverwaltete Jugendhäuser – z.T. geschlossen sollen wieder eingerichtet, Gelder für Sucht- und Gewaltpräventionsprojekten zur Verfügung gestellt werden.

Besondere viele lokale Probleme gibt es zur Umweltpolitik: Dithmarschen lehnt den Bau von Kohlekraftwerken sowie einer weiteren Müllverbrennungsanlage in Brunsbüttel ab. Ostholstein will anstelle der geplanten Monsterbrücke zur Fehmarnbeltquerung lieber eine neue Fährverbindung. Nord-Friesland wünscht sich die Anerkennung des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer-Nationalparks als einem der weltweit bedeutendsten Naturgebiete. Der Kreis Herzogtum Lauenburg plädiert für das sofortige Aus für das Atomkraftwerk Krümmel. Die Lübecker LINKEN kämpfen schon lange gegen den Bau des sogenannten Herrentunnels, der den Stadtteil Kücknitz praktisch zur Zahlung einer Maut-Gebühr zwingt. Kiel wendet sich gegen ein von dem Energiemulti EON und den Stadtwerken geplantes Kohlekraftwerk und für eine konsequente Rückführung der Kieler Energiebetriebe in die öffentliche Hand ein.

▸ sich allerdings der zum Kreis Pinneberg gehörige Wedeler Ortsverband mit der Kandidatin Astrid Sawatzky an der Spitze (langjährig in der PDS und Linkspartei) vehement entgegen und behielt die dort „stark verankerten DKP-KandidatInnen“ – unter anderem das sehr bekannte VVN-Mitglied und Antifaschisten Jens Wilke – auf der Liste. Nachdem die „Segeberger Zeitung“ einen Artikel mit der provokativen Überschrift „Kommunisten im Kreistag“ veröffentlicht hatte, äußerte einer der beiden Sprecher des Kreisvorstandes der LINKEN (zuvor in der WASG) beschwichtigend in einem Interview „Wir sind keine Revolutionäre“ und „Viele haben früher die SPD gewählt.“ Hier steht die Entscheidung der Kreismitglieder- und Wahlversammlung noch aus, während der Ortsverband Norderstedt (zum Kreis Segeberg gehörig) zu seinen beiden DKP-KandidatInnen stand. Sie hatten im übrigen intensiv an der Ausarbeitung des Wahlprogramm mitgearbeitet.

In Ostholstein erläuterte der Vorsitzende der LINKEN des Kreises, Torsten Lünzmann, ausführlich in einem Schreiben an die Mitglieder seines Verbandes „Viel wichtiger als die Frage, ob DKP-Mitglieder auf unseren Listen kandidieren, ist doch die Frage, warum, von wem und wann diese mediale Kampagne um DKP-Mitglieder auf Listen der Linken losgetreten wurde... Nachdem alle Rezepte der Manipulation der Bürger durch die bürgerlichen Medien und die Hartz IV-Parteien nun nachhaltig gescheitert sind und man nicht verhindern konnte, dass sich die LINKE als gesamtdeutsche Partei auch in den westdeutschen Parlamenten etabliert, kommt nun der althergebrachte Vorschlaghammer des pauschalen Antikommunismus aus der Mottenkiste des kalten Krieges.“

Eine von 30 Mitgliedern in der Mitgliederzeitung „Info DIE LINKE“ landesweit herausgegebenen Stellungnahme „Gegen Antikommunismus – für eine inhaltliche, kritische und solidarische Debattenkultur“ will durch eine breite Diskussion verhindern, dass nicht noch einmal im Landesverband eine Situation der politischen und persönlichen Spaltung entsteht wie nach dem Bundestagswahlkampf 2005, als dem Abgeordneten Lutz Heilman – in Szene gesetzt vom „Spiegel“ – Stasitätigkeit vorgeworfen wurde, weil er verschwiegen hatte, dass er für seine Militärtätigkeit in Berlin vom MfS sein Gehalt bezogen hatte. Aber es gibt auch schon von der Gegenseite durch Ragnar Lüttke aus Lübeck den Antrag, auf dem nächsten Landesparteitag im April – mitten im Wahlkampf – diese Frage auf Nichtzulassung von anderen Parteien (gemeint ist natürlich die DKP) zu behandeln und zu beschließen.

Edda Lechner, Norderstedt

Bäderprivatisierung war der falsche

Weg: FRANKFURT A. M. Zur Erklärung der Sportdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU), dass aufgrund gestiegener Energiepreise bei dem Betrieb der Bäder die Kosten aus dem Ruder laufen und die geplanten Zuschüsse erhöht werden müssen, erklärt die Fraktion DIE LINKE im Römer: Wieder einmal zeigt sich, dass eine in der Vergangenheit vorgenommene Privatisierung weder zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger geführt, noch langfristig die einst vollmundig angekündigte Erhöhung der Wirtschaftlichkeit erbracht hat. Carmen Thiele, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Römer: „... Nach Ansicht meiner Fraktion gehören Sportstätten und Möglichkeiten, etwas für seine Gesundheit zu tun, zur Daseinsfürsorge. Die muss, unabhängig von der persönlichen finanziellen Situation, für alle da sein und durch ausreichende Zuschüsse sichergestellt werden.“ <http://dielinke-im-roemer.de>

LINKE fordert kostenfreie Bildung:

BOCHUM. Am 1. August tritt das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Kraft. Von daher wird der Rat eine neue Gebührenordnung für Kindertageseinrichtungen beschließen. Die Linksfraktion bringt hierzu einen Antrag ein, wonach das erste KiTa-Jahr kostenfrei sein soll. „Bildung sollte unserer Meinung nach prinzipiell kostenfrei sein. Als Einstieg dazu betrachten wir unseren Antrag für ein kostenfreies erstes KiTa-Jahr. Erfahrungen aus der Pisa-Studie oder auch unserer Nachbarländer haben gezeigt, dass Kinder später schulisch am erfolgreichsten sind, wenn sie möglichst früh mit anderen AltersgenossInnen Lern- und Sozialerfahrungen machen. Mit einem kostenfreien ersten KiTa-Jahr würde Bochum außerdem sein Image als soziale und familienfreundliche Stadt weiter aufpolieren. Ich finde es interessant, dass der SPD Landesvorstand in seinen „Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik“ fordert, für den Besuch von Kindertageseinrichtungen künftig keine Elternbeiträge zu erheben. Diese Leitlinien sollen auf einem Landesparteitag der SPD im April verabschiedet werden. Falls die SPD das ernst meint, wird sie unserem Antrag im Rat sicherlich zustimmen. Dies wäre auch die richtige Entscheidung im Interesse der Kinder.“ www.linksfraktion-bochum.de

Kalkulation offenlegen! ESSEN. Für die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF bedeutet die Ablehnung der Sammelklage von 166 Stadtwerke-Kunden durch das Oberlandesgericht (OLG) keinen Freibrief für die Stadtwerke.

Das OLG hat zwar die Gaspreiserhöhungen zwischen Oktober 2004 und Oktober 2006 für rechtmäßig erklärt. Gleichzeitig hat das Gericht aber die Preisanpassungsklausel, mit der die Stadtwerke mit dem Hinweis auf „wirtschaftliche Zwänge“ ihre Preise erhöhen kann, für unwirksam erklärt. Auch die Angemessenheit der Preise, die die Stadtwerke an ihre Lieferanten zahlt, war nicht Gegenstand des Gerichtsverfahrens. Fraktionssprecherin Gabriele Giesecke: „Schließlich sind durch die 1998 beschlossene Teilprivatisierung der Stadtwerke zwei Energielieferanten, der RWE-Konzern und die Eon-Tochter Thüga AG unmittelbar mit zusammen 49% an den Stadtwerken beteiligt. Da ist es doch hochproblematisch, dass der Eon-Konzern als Miteigentümer gleichzeitig ein Monopol als Gas-Exklusiv-Lieferant der Stadtwerke hat. So verdient er als Gaslieferant der Stadtwerke schon an den Lieferpreiserhöhungen und den Gaspreiserhöhungen für die Endverbraucher und kassiert insofern doppelt an den Erhöhungen.“ Die Stadtwerke Essen sollen jetzt endlich Transparenz herstellen und ihre Lieferverträge und die Preiskalkulation offenlegen“, so die Fraktionssprecherin Gabriele Giesecke. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF sollten die Stadtwerke die auf Jahrzehnte abgeschlossenen Lieferverträge kündigen und zumindest einen in der Regel preisgünstigeren Mix mehrerer Lieferanten anstreben.

www.dielinke-essen.de

Gegen den sog. „Anti-Islamisierungskongress“ von „Pro Köln“:

KÖLN. Der Antrag ist irreführend: Weder Antwerpen, Wien noch Köln planen ein Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ vielmehr müsste der Antrag lauten: „Rechtsextremisten-Bündnis gegen Religionsfreiheit“. Zusammengeschlossen haben sich zwielichtige Parteien und Personen aus Österreich, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt Köln hat zahlreiche Städtepartnerschaften unter anderem mit Lüttich und Rotterdam. Um die Rechtsextremisten in Antwerpen können sich die dortige Polizei, die Gerichte und Staatsanwaltschaften kümmern. Der Antwerpener Stadtrat des rechtsextremen Vlaams Belang, Bart Debie, den sich „Pro Köln“ gern als Redner einlädt, ist wegen ausländischer Übergriffe einschlägig verurteilt und vom Polizeidienst suspendiert. Seit Dezember 2005 gehört Köln dem Städtebündnis gegen Rassismus an. Das hat der Antragsteller ausgeblendet. Der vorliegende Antrag verstößt diametral gegen die Be-

schlusslage des Rates der Stadt Köln. In der Beschlussfassung des Rates der Stadt Köln erklärte Frau Bürgermeister Scho-Antwerpes: „Mit dem Beitritt zur Koalition Internationale Städte gegen Rassismus stellen wir uns im Kölner Rat, dem kommunalen Parlament der viertgrößten Stadt Deutschlands, der Verantwortung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz in unserer Stadt.“ Deshalb hat dieser Antrag auch keinen Platz im Rat. Das wissen die Antragsteller auch ganz genau. Ihnen geht es auch nicht um Kommunalpolitik, das haben wir hier oft erlebt, sondern um die Organisation von Hetzkampagnen und Hetzveranstaltungen. (...) Gemeinsam sollten wir diesem rechtsextremen Aufruf entgegenreten. Frei nach dem Wagen aus dem Kölner Rosenmontagszug „Lachen wir die Nazis aus der Stadt“ – Pro braun entblößt sich selber! Pro braun ist am und im Arsch!

<http://www.linksfraktion-koeln.de>

Verteilung öffentlicher Wohnungsbestände in den Bezirken: BERLIN. Wie unsozial, gesellschafts- und stadtentwicklungspolitisch kurzsichtig die Politik der Wohnungsverkäufe des letzten Senats und seiner Vorgänger sowie der des Bundes war, enthüllt ein Blick in das „Gesamtkonzept für die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin“. Wenn die „soziale Durchmischung“ jemals wirklich mehr als nur substanzlose politische Floskel gewesen ist, der städtische Einfluss auf ihre Verwirklichung wurde jedenfalls längst aufgegeben. Die Verteilung der nach den Verkäufen übrig gebliebenen Reste des öffentlichen Wohnungsbestands über die Bezirke bildet ein Muster, das die quasinatürliche Segregation der sich weiter sozial polarisierenden Berliner Bevölkerung bereits vorgezeichnet hat. Zwar soll ein durchschnittlicher Anteil von 15% städtischer Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand erhalten bleiben, doch finden sich davon höchst unterschiedliche Quoten in den einzelnen Bezirken. Hohenschönhausen-Lichtenberg ist mit 48.225 vor Hellersdorf-Marzahn mit 35.459 und Köpenick-Treptow mit 26.129 Wohnungen am besten versorgt. Reinickendorf (überwiegend Märkisches Viertel) liegt mit 16,8% öffentlicher Wohnungen am Gesamtbestand des Bezirks nahe dem Mittelfeld, desgleichen Pankow mit 25,7% und Friedrichshain-Kreuzberg mit 15%. Am unteren Ende der Skala finden sich die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf mit 7,31% und Steglitz-Zehlendorf mit 2,25%. Diese Anteile werden jetzt vom Senat als „untergewichtig“ und „deutlich zu gering“ bezeichnet. Das musste nicht so sein. In

Zehlendorf hätte die Hüttenwegsiedlung mit 1096 Wohnungen – anstatt an den Finanzinvestor apellas verkauft zu werden – im öffentlichen Bestand verbleiben können, und niemand hatte die munter kooperierenden Senatoren Kleemann, CDU (späterer Geschäftsführer der GEHAG) und Dr. Fugmann-Heesing, SPD (Unternehmensberaterin) zum Verkauf der GEHAG mit ihren ausgedehnten Beständen in Wilmersdorf, Steglitz und Zehlendorf gezwungen.

MieterEcho 326/Februar 2008 www.bmgev.de

Kreistagsabgeordneter skeptisch: VOGELSBERGERKREIS. Mit Warnungen reagiert Michael Riese von der Fraktion Die Linke im Kreistag auf die Meldung von der Übernahme der Müllentsorgung durch den französischen Konzern Veolia. Veolia sei in Deutschland 2001 und 2002 mit negativen Schlagzeilen aufgefallen und zwar mit der Verkehrstochter Connex. Erst nach einem mehrwöchigen Streik und einer Kundgebung vor der Connex-Hauptverwaltung in Frankfurt sei es den betroffenen 220 Busfahrern in Nordrhein-Westfalen gelungen, Dumping-Tarife zu verhindern. Zum Veolia Environment Imperium gehörten zahlreiche Firmen, die sich mit Energie, Wasser, Müll und Verkehr befassen. So hätten zum Beispiel Veolia und RWE den Zuschlag bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Die Berliner müssten seit Anfang 2004, als die vertraglich garantierte Preisstabilität auslief, eine 15-prozentige Preiserhöhung hinnehmen. **Oberhessische Zeitung vom 26.02.2008, nach www.meinepolitik.de**

Pflegestützpunkte in die Verantwortung der Kommunen: BERLIN. Die kommunalen Spitzenverbände kritisieren die Einigung der Koalition im Streit um die Pflegestützpunkte. „Die Probleme sind damit nicht vom Tisch. Die Koalition will weiterhin die Stützpunkte in die Hand der Pflegekassen geben. Dabei sind es die Kommunen, die vor Ort den besten Überblick über die vorhandenen Angebote haben. Deshalb sollten die Kommunen auch die Pflegestützpunkte koordinieren“, sagten die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund). Außerdem könnten die Kommunen so ihre vielfältigen Erfahrungen in der Altenhilfe, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung im Alter etc. einsetzen und auch das ehrenamtliche Engagement vor Ort einbeziehen. „Wenn die Kommunen die Pflegestützpunkte koordinieren,

lassen sich am besten Doppelstrukturen vermeiden und auch Erfahrungen über die reine Pflege hinaus nutzen“, so die Hauptgeschäftsführer. Positiv bewerteten die kommunalen Spitzenverbände die Tatsache, dass die Länder den Bedarf für Pflegestützpunkte selbst feststellen sollen. Damit könnten, wie von den Kommunen gefordert, regionale Besonderheiten besser berücksichtigt werden.

www.staedtetag.de

Einseitige Konzentration auf Metropole beenden: HANNOVER. Anlässlich der Präsidiumssitzung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes in Hannover hat der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, mehr Engagement der Politik für die ländlichen Räume gefordert. Die Politik fokussiert sich zu sehr auf die Metropole. Das geht an der Realität in Deutschland vorbei. Über 70% der Menschen in Deutschland leben nicht in Großstädten, sondern in Mittelstädten und ländlichen Gebieten. Dort findet die überragende volkswirtschaftliche Wertschöpfung statt. Dort haben der Mittelstand und der Arbeitsmarkt sein Rückgrat und seine Basis ... Landsberg erhob folgende zentralen Forderungen: – Die Bundesregierung sollte die politische Koordinierung hinsichtlich der Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Förderung und Entwicklung ländlicher Räume sicherstellen. – Die kommunalen Spitzenverbände müssen bei dem Konzept zur Entwicklung ländlicher Räume eingebunden werden, insbesondere gehören hierzu die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. – Die finanzielle Situation ländlicher Kommunen und ihre besonderen Aufgaben für die Infrastruktur und die Umweltpolitik müssten gesondert berücksichtigt werden. – Bei der ländlichen Entwicklung muss die öffentliche Daseinsvorsorge sichergestellt bleiben. Der Bund muss rechtliche Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur sicherstellen. Dazu gehören der Verkehr, die Banken und die Telekommunikation sowie die Gesundheitsversorgung. Flächendeckende Breitbandversorgung muss in einer Informationsgesellschaft eine Selbstverständlichkeit werden. Der Bund wird aufgefordert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den ländlichen Räumen ebenso zu gewährleisten wie in den städtischen Ballungszentren.

www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Harte Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst

Das Scheitern der Verhandlungen am Ende der 5. Verhandlungsrunde hat nicht wirklich überrascht. Zu weit lagen die Forderungen der Gewerkschaften und das Angebot von Bund und Kommunen auseinander. Das Ergebnis der in den Osterferien stattfindenden Schlichtung soll am 29. März in einer weiteren Verhandlungsrunde beraten werden.

Die gewerkschaftliche Schlichtungskommission besteht aus zwölf Mitgliedern – acht von Verdi, drei von der dbb tarifunion und eines von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Ihnen steht eine ebenfalls zwölfköpfige Kommission von Bund und Kommunen gegenüber.

In der Schlichtung stehen alle Themen zur Debatte, um die es auch während der Tarifverhandlungen gegangen ist. Dazu zählen neben der Forderung nach Einkommenserhöhung u.a. auch die Frage der Überleitung der Beschäftigten in das neue Tarifrecht. Von Seiten der Arbeitgeber ist es u.a. das Thema Arbeitszeit. Um hier stärkeren Druck ausüben zu können, haben sie die entsprechenden tariflichen Arbeitszeitregelungen inzwischen gekündigt (siehe Kasten).

Woher kommt die Härte der Verhandlungen?

Im Vorfeld dieser Tarifrunde musste Verdi einige unangenehme Erfah-

rungen machen. Am bittersten war wohl die Auseinandersetzung mit dem Marburger Bund, der im Rahmen der Einführung des neuen Tarifrechts aus der Verhandlungsgemeinschaft ausgestiegen ist und einen eigenen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Zwar ist das inhaltliche Ergebnis dieses Alleingangs umstritten; nicht bestritten werden kann, dass es dem Marburger Bund gelungen ist, eine ganze Berufsgruppe mehr oder weniger aus der Solidarität der Beschäftigten heraus zu lösen. Bekanntlich gibt es ähnliche Auseinandersetzungen auch in anderen Branchen und nicht nur im Organisationsbereich von Verdi. Die Presse argumentiert deshalb gern, Verdi müsse jetzt besonders hart verhandeln, weil ihr die Mitglieder in Scharen weglaufen würden. Fakt ist, dass Verdi seit Beginn dieser Tarifauseinandersetzung stark an Mitglieder gewonnen hat.

Die hohe Beteiligung an den Arbeitskämpfen der letzten Wochen kann damit allerdings nicht erklärt werden. Sie hat teilweise selbst Funktionäre

überrascht. Der eher banale Slogan „Jetzt sind wir dran!“ spricht den Mitgliedern, und nicht nur diesen, aus dem Herzen. Und die Presseschlagzeilen der letzten Wochen stärken diese Überzeugung: „Aktionäre kassieren Milliarden“, „Rekordstand bei Dividenden“, „Die Einkommensspaltung nimmt zu“, „Die Mittelschicht schrumpft“, „Arbeitnehmer haben nichts vom Aufschwung“. Während die Managergehälter um durchschnittlich 17,5 % im vergangenen Jahr gestiegen sind, haben die Arbeitnehmer durchschnittlich nur 1,7 % brutto mehr in der Tasche gehabt. Die Inflationsrate beträgt offiziell 2,8%, aber für die mittleren und unteren Einkommen beträgt sie aufgrund des höheren Anteils ihrer Ausgaben für Lebensmittel und Energie 5 bis 6 %. Der Jahresnettoverdienst ist laut WSI so hoch wie 1973.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben darüber hinaus in den vergangenen Jahren regelmäßig* deutlich niedrigere Tarifabschlüsse hingekommen (siehe Graphik). Gleichzei-



Taler, Taler du musst wandern

HANNOVER. Das war eine der Parolen auf der Kundgebung von Verdi am 4.3.2008 in Hannover. Über 20.000 Beschäftigte, dies sogar von der Polizei bestätigt, aus allen öffentlichen Dienstbereichen (Sparkassen, städtische Kitas, AWO – dort beteiligten sich alle Einrichtungen –, Schülerinnen der Diakonie, BfA-Beschäftigte, Krankenhäuser, Stadtentwässerung, Müllversorgung, städtische Ämter, Nahverkehrsbetriebe, T-Punkte Telecom), protestierten gegen das unverschämte „Angebot“ der öffentlichen Arbeitgeber. Auffällig war die Anwesenheit sehr vieler jugendlicher Demonstranten, die in einem Kundgebungsbeitrag ihre Anliegen zum Ausdruck brachten.

In ihrem Redebeitrag fragten sie: „Warum ist am Ende des Geldes noch soviel Monat über?“ Sie schilderten ihre Probleme bezüglich Flexibilität, dass das Geld für Benzin fehlt, wenn sie auswärts arbeiten. Sie forderten eine eigenständige Existenz, Zukunftsperspektiven, die sie bei Arbeitszeitverlängerung schwinden sehen, 120 Euro für Auszubildende und fragen „Wenn

nicht jetzt, wann dann?“ Beschäftigte vom Handel streikten ebenfalls und beteiligten sich an der Kundgebung. Der Verdi-Vertreter vom Handel berichtete in seinem Beitrag über die Verhandlungen, die seit 2007 laufen und dass es zumindest gelungen ist, einzelne Arbeitgeber (wie z.B. Rewe) zum Handeln zu bewegen. Der Verdi-Vorsitzende Bsirkse ging in seiner Rede auf die Verbindung des Streiks von Handel und öffentlichem Dienst ein, dass es bei beiden Tarifrunden darum geht, die Angriffe auf Entlohnung und Arbeitszeit abzuwehren.

In seinen weiteren Ausführungen verwies er auf die Breite des Streiks: „Vom Kfz-Bundesamt Flensburg bis zu den Kitas in Dresden wird heute gestreikt“. Er zeigte auf, dass viele mit ihren „Nettolöhnen nicht mehr über die Runden kommen“, nannte die Warnstreiks Warnsignale an die öffentlichen Arbeitgeber, ging auf die Erhöhungen bei Gas, Wasser, Strom ein, und sagte: „So kann es nicht weiter gehen“. Er griff an, dass die Politiker den Kontakt zur Lebens- und Arbeitswirklichkeit von Millionen Menschen verloren haben, denn welche Krankenschwester oder welcher Busfahrer sei aufgrund

seiner Belastungen in der Lage noch länger bzw. mit 67 noch zu arbeiten. Er prangerte die Diätenerhöhungen von 9,3 % im Bundestag an, die innerhalb einer Woche beschlossen wurden und mit Nachholbedarf begründet wurden. Dieses Argument greife er gerne auf. Da die letzte Lohnerhöhung im Jahr 2004 1% und Einmalzahlungen betragen hätten und damit ein Real- und Kaufkraftverlust vorhanden sei, sei ein Nachholbedarf allemal gegeben, und „das machen wir nicht länger mit“. Den öffentlichen Arbeitgebern warf er mit ihrem Angebot Rosstäuscherei vor.

Er berichtete von der Stadt Wilhelms- haven, in der die öffentlichen Arbeitgeber vor Gericht ein Streikverbot erreicht hatten, ohne Verdi anzuhören und dass dies nicht hingenommen wird. Dass die Beschäftigten sich intensiv mit der Forderung befassen war auf den vielen selbst erstellten Transparenten und Schildern sichtbar. „Bildung ist teuer“, „Brot und Butter werden teurer“, „Gas und Strom werden teurer“, „Soziale Arbeit ist 8 % mehr wert“, „Gegen billige Löhne bei der AWO“, „Arbeitest du noch oder bettelst du schon“, „Der Deckel muss weg“ lauteten die Forderungen. (bee)

tig hat die Arbeitsverdichtung enorm zugenommen, insbesondere durch den Personalabbau, aber auch durch neue Aufgaben (es ist ein Märchen, dass die Bürokratie abgebaut worden ist). Zwar sinkt der bundesweite Krankenstand der abhängig Beschäftigten in den letzten Jahren beständig, im öffentlichen Dienst liegt er aber nach wie vor deutlich darüber. Dies liegt sicher auch an der Überalterung der Belegschaften, da kaum mehr neue Beschäftigte eingestellt werden.

Die Motivation und Bereitschaft, für die Tarifforderungen in den Arbeitskämpfe zu ziehen, ist deshalb sehr hoch. Die Spekulationen der Presse, dass es den Beschäftigten egal sei, wie lange sie arbeiten, und nur die Funktionäre eine Arbeitszeitverlängerung ablehnen, ist eher deren Wunschdenken als Realität. Der Abschluss im Bereich der Länder im Jahr 2006, der in vielen Bereichen

eine Arbeitszeitverlängerung zur Folge hatte, wurde mit etlichen Austritten quittiert. Nicht nur deshalb spielte die Arbeitszeitpolitik auf dem Verdi-Bundeskongress im Oktober vergangenen Jahres eine Rolle in einer Reihe von Anträgen.

Umgekehrt spielt die Arbeitszeit auf Seiten von Bund und Kommunen ebenfalls eine „symbolische“ Rolle. Es wird deshalb für die Schlichter (Lothar Späth für die Arbeitgeber, Herbert Schmalstieg für die Gewerkschaften) extrem schwierig werden. Wahrscheinlicher ist, dass es Anfang April eine Urabstimmung für unbefristete Streiks geben wird. *har*

* Einzige Ausnahme ist das Jahr 2003. Hier wurde der sog. Potsdamer Abschluss getätigt, der eine lange Laufzeit beinhaltete und die Vereinbarung über die Tarifreform, aus der dann das neue Tarifrecht TVöD bzw. TV-L entstanden sind.

Acht Prozent höhere Entgelte, mindestens aber 200 Euro mehr, fordert Verdi in der aktuellen Tarifrunde 2008 für die rund 160.000 Beschäftigten beim Bund und die rund 1,15 Millionen Arbeitnehmer/innen bei den Kommunen. Am 7. März wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Wir dokumentieren Teile aus TS berichtet Nr. 08/08 v. 7.3.2008:

Verhandlungen mit Bund und VKA gescheitert – Arbeitgeber rufen Schlichtung an Auch in der letzten Verhandlungsrunde am 6./7. März 2008 haben die Arbeitgeber kein verbessertes Angebot vorgelegt. Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat deshalb am 7. März 2008 einstimmig das Scheitern der Tarifverhandlungen beschlossen. Die Arbeitgeber haben die Schlichtung angerufen.

Keine Bewegung bei Bund und VKA. Seit dem ersten sogenannten Angebot vom 24. Januar 2008 haben sich die Arbeitgeber nicht bewegt. Die massiven Warnstreiks der letzten Wochen haben zu keiner Einsicht bei ihnen geführt. Stattdessen haben sie bis zur letzten Verhandlungsrunde die Verlängerung der Arbeitszeit zur Vorbedingung für

weitere Angebot gemacht.

Das bisherige Angebot mit Erhöhungen von 2,5 % zum 1. Februar 2008, weiteren 1,0 % zum 1. Oktober für 2008 und einer weiteren Erhöhung zum 1. März 2009 um 0,5 % bei gleichzeitige Arbeitszeitverlängerung auf 20 Stunden in zwei Schritten wurde mittlerweile auch von den Medien deutlich differenzierter dargestellt. Letztlich bleibt es dabei, dass die Arbeitgeber damit lediglich Entgelterhöhungen von 2, % für 2008 und 0,4 % für 2009 angeboten haben und dieses Angebot für das Tarifgebiet Ost auch lediglich zeitversetzt gelten soll.

Die Anpassung des Überleitungsrechts ist im Arbeitgeberangebot nicht enthalten. Das In-Kraft-Setzen der Restanten wird von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig gemacht. (...)

Tarifgebiet Ost und Auszubildende. Auch in Bezug auf die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost waren die Arbeitgeber nicht bereit, von der erneut geplanten Abkoppelung durch die zeitliche Verschiebung der Entgelterhöhung abzusehen. Ebenso wenig waren sie bereit, für die Auszubildenden über eine verbindliche Übernahmeregelung oder eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsentgelte zu verhandeln.

Arbeitszeit. Bereits in der letzten Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber mit der Kündigung der Arbeitszeitregelungen gedroht. Zum Ende der Verhandlungen hat die VKA die Regelung des II. Abschnittes der TVöD sowie die Arbeitszeitregelungen des TV-V, BAT, BMT-G zum 30 April 2008 gekündigt. Der Bund hat die entsprechenden Regelungen des TVöD ebenfalls gekündigt. (...)

BDI: „Die Linkspartei zieht die gesamte deutsche Politik nach links.“ *FAZ, Sa. 16.2.08. W.*

Schnappauf, Hauptgeschäftsführer des BDI, warnt vor dem „Schreckgespenst Rot-Dunkelrot-Grün“ für den Wirtschaftsstandort Deutschland. „Die internationale Glaubwürdigkeit und Wettbewerbsfähigkeit wären zu tiefst gefährdet.“ Er setzt dagegen, die Arbeitnehmer steuerlich mehr zu entlasten: „mehr netto für den Arbeitnehmer, damit der Aufschwung auch verspürt wird.“ Dahinter stecke die Überlegung, dass nur derjenige sich für die Marktwirtschaft erwärmt, der auch davon profitiert. Nur dann könne es gelingen, dem Verlangen nach einer insgesamt „industriefreundlicheren Politik“ wieder mehr Geltung zu verschaffen.

Wirtschaftsverbände in Sorge um Ansehen von Managern. *FAZ, Mo. 18.2.08.*

BDI-Präsident J. Thumann fordert, kriminelle Wirtschaftsführer auszugrenzen. Der Verband werde sich nur vor die stellen, die nach Recht und Gesetz, Ehre und Gewissen arbeiteten. DIHK-Präsident L. G. Braun appellierte an die Mitgliedsunternehmen, sich wie ehrbare Kaufleute zu verhalten: „Machen Sie klar, dass Steuerhinterziehung und Bereicherung zu Lasten der Gemeinschaft der Steuerzahler oder zu Lasten des eigenen Betriebs bei Ihnen keinen Platz haben.“ D. Hundt, BDA, gestand, dass es zu viele Fälle von Fehlverhalten von Managern gebe. Man solle jedoch nicht von Glaubwürdigkeitsproblemen der Wirtschaft insgesamt sprechen, da die Zahl der Verstöße trotz allem ver-schwindend gering sei.

Deutsche Wirtschaft greift Bundeskanzlerin an. *FAZ, Sa. 1.3.08.*

Forderungen der Spitzenverbände der Wirtschaft nach raschen Steuersenkungen für Unternehmen und Beschäftigte erteilte die Bundeskanzlerin eine Absage: „Ich sehe im Augenblick keine keinen Raum für steuerliche Entlastungen.“ BDI-Präsident J. Thumann griff die „leistungsfeindlichen Einkommenssteuern“ an und beklagte die Mindestlohnpläne des Arbeitsministeriums als „Anschlag auf die Tarifautonomie“. A. Merkel äußerte ihrerseits Kritik an den deutschen Großunternehmen und ihrer Führung anlässlich der Steuerhinterziehung. Weiter kritisierte sie den Stellenabbau profitabel arbeitender Unternehmen wie Henkel und BMW. „International operierende Unternehmen müssen heute anders agieren als früher“, sagte D. Hundt, Präsident der BDA. Die Einkommen der Durchschnittsbürger seien in den vergangenen Jahren nur um 0,8% gestiegen, die von Spitzenmanagern jedoch viel stärker, entgegnete die Kanzlerin. *Presseauswertung: rst*



Personalia:

Christiane Schneider, wurde am

9. März vom Hamburger Parteitag der Linken zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführerin vorgeschlagen. Die achtköpfige Fraktion folgte diesem Vorschlag.

Brigitte Wolf, Spitzenkandidatin der Münchener Linken erhielt das beste Wahlergebnis und landete auf Platz 1 der kumulierten und panaschierten Liste. DIE LINKE.München erhielt insgesamt drei Mandate.

Herausgeber und Redaktion der Politischen Berichte gratulieren den beiden Mitarbeiterinnen unserer Zeitschrift.

Dem Hamburger Abendblatt vom 11. März ist zu entnehmen:

„Für die **Bürgerschaftssitzung** am 2. April planen die Linken Anträge zur Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung eines Sozialtickets und die Kostenbefreiung für das Kitaessen. Da die SPD ähnliche Anträge einreichen will, sei eine Verständigung durchaus denkbar, so der Linke-Abgeordnete Joachim Bischoff.“

Die Fraktion DIE LINKE. im Kölner Stadtrat arbeitet seit zwei Jahren mit wechselnden Mehrheiten mit SPD und den Grünen konstruktiv zusammen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die hessische Wahl kommentieren Kölner Medien die Zusammenarbeit sehr unterschiedlich: *Rot-Grün-Rot, in Kölle klappt da jot. SPD und Grüne: Linke sind verlässlich. CDU und FDP: Ja, leider.*

„Wenn man mit der Linkspartei da etwas verabredet hat, ist sie verlässlicher als der zerstrittene Haufen der CDU“, sagt SPD-Fraktionschef Martin Börschel. Überraschungen bei Abstimmungen habe es durch die Linken bislang nicht gegeben. „Verabredungen halten wir ein, wir streiten uns vorher“, sagt Jörg Detjen, Fraktionschef der Linkspartei.

Die Opposition staunt ...

So setzen sie gemeinsam den Wirtschaftsdezernenten und die Einführung des Köln-Passes durch. Rot-Grün stimmte auch linken Initiativen zu: Kostenlose Schulbücher für sozialschwache Kinder, Billigstrom für Hartz-IV-Empfänger und zuletzt die Offenlegung der Managergehälter. *Express 7.3.2008*

Unter der Überschrift „Wieviel Ypsilanti steckt in Köln?“:

„Schon jetzt nutzt das rot-grüne ‚Kernbündnis‘ die Linkspartei so oft

als Mehrheits-Beschaffer im Kölner Rathaus, dass man getrost von Rot-Rot-Grün reden kann. Wie gefährlich diese Strategie für die SPD ist, hat sich am vergangenen Dienstag im Rat gezeigt: Da ging die Initiative zu dem Beschluss, Manager städtischer Unternehmen müssten künftig ihre Gehälter offen legen, eindeutig von den Linken aus.

Wer mit den Linken zusammen arbeitet, macht sie hoffähig. Und wenn sie so clever und sachkundig sind wie in Köln, wird es ihnen am Ende mehr nutzen als der SPD. Ganz abgesehen davon, dass solch ein Bündnis das überzeugendste Wahlkampf-Argument für CDU und FDP ist.“

Bildzeitung, 7.3.2008

Die taz veröffentlichte am 10. März ein **Interview mit Gregor Gysi, in dem er sich zu Lafontaine äußert:**

taz: Auch in Ihrer Partei steht nicht alles zum Besten. Kürzlich hat die stellvertretende Parteivorsitzende Katina Schubert in der taz ihren Rückzug als stellvertretende Parteichefin verkündet.

Gysi: Was mich dabei ärgert, ist, dass manche sich so an Oskar Lafontaine reiben. Was können die Betroffenen denn von ihm ersetzen? Sie haben, wie auch ich, jahrelang versucht, die PDS im Westen populär zu machen. Wir haben es nicht geschafft. Natürlich muss auch Oskar Lafontaine Kritik vertragen können – aber aus den eigenen Reihen generell intern, und sie muss etwas Wohlwollendes haben.

Wohlwollend? Lafontaine hat den ostdeutschen Reformflügel zuvor als „rechte Sozialdemokraten“ bezeichnet.

Nie öffentlich. Es war trotzdem nicht in Ordnung, das habe ich ihm auch gesagt. Aber nicht öffentlich, sondern direkt. Wir haben kein Problem, so was miteinander auszutragen, wenn es nötig ist.

Ein Teil der ostdeutschen Linken sieht das anders. Man wirft Ihnen und Parteichef Lothar Bisky vor, dass Sie sich nicht so energisch für Ihre Leute einsetzen wie Lafontaine für seine.

Das habe ich auch gehört, aber persönlich sagt mir das keiner. Nur dörgeln reicht nicht. Jetzt könnte ich darüber reden, dass Lothar Bisky und ich andere Charaktere sind als Oskar Lafontaine. Aber der Konflikt ist ein anderer. Wir sind noch im Vereinigungsprozess. Früher war ich gerne auf Gewerkschaftsabenden im Westen – aber wir hatten keine Mitglieder dort. Jetzt haben wir tatsächlich einen Gewerkschaftsflügel, und manche müssen schmerzhaft lernen, dass der anders tickt als andere Linke.

Vielleicht ist der Dolmetscher Gysi nicht hart genug für den Raufbold Lafontaine.

Quatsch. Kritik kann okay sein. Aber was mich nervt, ist ausgrenzende Schelte, die sich Oskar Lafontaine von manchen Leuten aus unserer Partei gefallen lassen muss. Wie ginge es uns denn ohne ihn? Ich habe das doch erlebt. Ich habe in München vor sechstausend Menschen gesprochen. Die fanden mich okay und haben auch geklatscht – aber gewählt haben sie uns nicht. Und deswegen hat niemand in unserer Partei das Recht, einen Erfolgsmenschen wie Lafontaine zu beschädigen.

Woher kommen denn diese Kämpfe zwischen Ost und West? Wirken hier die alte Klischees: ostdeutsch und konfliktscheu gegen westdeutsch und streitbar?

So plump lässt sich das nicht sagen, aber es ist trotzdem was dran. Oskar Lafontaine ist in einem demokratischen Land aufgewachsen, ich nicht. Wir Ostler sind deshalb oft sehr demokratieempfindlich. Bei jeder Kleinigkeit fragen wir: Aber hätte nicht noch das Gremium X darüber abstimmen müssen? Westler denken anders. Die fragen: Wie setzen wir das durch?

Sie tun, als ginge es um kulturelle Stilfragen. Dabei geht es doch um konträre politische Konzepte: Volkspartei im Osten, Oppositionspartei auf strengem Anti-SPD-Kurs im Westen. Das sind doch zwei Welten!

Verschieden ja, aber nicht unvereinbar. Unversöhnlich wird es nur, wenn die eine Seite der anderen aufzwingen will, genauso wie sie selbst zu sein.

Sind Sie nicht manchmal genervt von diesen Querelen?

Das Zusammenwachsen ist tatsächlich etwas komplizierter, als ich dachte. Ich habe geglaubt, dass es schneller geht. Das war ein Irrtum. Aber wir bemühen uns, und die Bundestagsfraktion beweist, dass es geht.

Sie sind der Dolmetscher?

Auch. Ich habe Oskar Lafontaine erklärt, dass die Partei im Osten Kompromisse gemacht hat – auch einige falsche –, um nicht länger ausgegrenzt zu sein. Die meisten WASG-Leute hingegen waren nicht ausgegrenzt, die verstehen das kaum. Ich glaube aber, dass wir voneinander lernen können. Die Linkspartei im Osten leistet einen beachtlichen Beitrag, um Teile im Westen zu verändern. Nicht durch Belehrung, sondern durch die Art der Akzeptanz, die sie in der Gesellschaft hat. Wir müssen auch im Westen lernen, wie eine Volkspartei zu denken. Das verändert auch solche Linken, die früher in sogenannten Sekten waren und jetzt bei uns mitmachen.

Zusammenstellung: jöd



FAIR LEIHEN

IG Metall-Vorstand beschließt Kampagne zum Thema Leiharbeit

„Gleiche Arbeit – gleiches Geld“

Im Februar 2008 veröffentlichte die Agentur für Arbeit in Nürnberg ihre neueste Übersicht zur Entwicklung von Leiharbeit. Hauptaussage: Am 30. Juni 2007 waren im Bundesgebiet 731.152 Leihbeschäftigte bei einem der inzwischen fast 21.000 Leihunternehmen unter Vertrag. Gegenüber Ende Dezember 2006 (631.076 Leihbeschäftigte) war das ein Anstieg um mehr als 100.000 solcher Jobs binnen eines halben Jahres. Die Agentur scheint von dieser Entwicklung begeistert. Die Zahlen vom Juni 2007 bedeuteten „138 Prozent mehr Unternehmen und 224 Prozent mehr Leiharbeiter als vor zehn Jahren“, teilte sie mit.

Sollte sich dieses Tempo fortsetzen – und es gibt derzeit keine Anzeichen, die auf eine Änderung dieser Entwicklung hindeuten, allein in Berlin entstanden 2007 nach Angaben des Wirtschaftsensors die Hälfte aller neuen Jobs bei Leihfirmen – dann wären Ende 2008 mehr als eine Million Menschen in Leiharbeit beschäftigt. Jeder dreißigste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hätte dann einen Job in Leiharbeit.

Schwerpunkt: Große Industrie

Die regionalen Schwerpunkte der Leiharbeit liegen dabei in den großen, auch industriell starken Bundesländern. In NRW nennt die Agentur für Arbeit für Sommer 2007 153.625 Leihbeschäftigte – das ist gegenüber 1997 eine Verdreifachung. Noch stärker stieg das Ausmaß von Leiharbeit in Hessen, von 26.402 Leihbeschäftigten im Sommer 1997 auf 141.091 im Sommer 2007, das ist ein Anstieg von mehr als 440 Prozent, und in Bayern. Dort waren im Sommer 2007 129.104 Leihbeschäftigte erfasst. Gegenüber 1997 (30.960 Leihbeschäftigte) ist das mehr als eine Vervierfachung.

Auch bei der Aufgliederung nach ausgeübter Tätigkeit bzw. nach Berufen zeigt sich: Leiharbeit ist vor allem ein Thema der großen Industrie. Zwar nennt die Statistik der Agentur als größtes Tätigkeitsfeld für Leihbeschäftigte die „Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe“. Insgesamt 250.653 Leihbeschäftigte waren im Sommer 2007 in diesem Bereich erfasst. Dahinter verbergen sich aber

weitgehend Tätigkeiten im Bereich der industriellen Fertigung, zum Beispiel als Produktionshelfer. Weitere 89.902 Leihbeschäftigte waren als Schlosser, Mechaniker oder diesen Berufen zugeordneten Tätigkeiten beschäftigt, 41.461 als Elektriker, 24.475 als Montierer und andere Metallberufe, 18.702 als Metallhersteller und -bearbeiter, 42.969 in der Rubrik „übrige Fertigungsberufe“ und 33.238 in sogenannten „technischen Berufen“. Fast zwei Drittel der Leihbeschäftigung dürfte damit dem Sektor „verarbeitendes Gewerbe“ zuzurechnen sein.

Welches Ausmaß die Leiharbeit im Bereich der großen Industrie angenommen hat, wird gelegentlich auch im Umfeld von Massenentlassungen bekannt. BMW beispielsweise teilte kürzlich bei Bekanntgabe seiner neuesten Personalabbauprogramme mit, dass von 8.100 zum Abbau vorgesehenen Jobs fast 5.000 in den Bereich Leiharbeit fallen. Bei Nokia in Bochum war zu hören, dass die Schließung des dortigen Werks nicht nur 2.300 „Stammbeschäftigte“ ihren Job kostet, sondern auch 1.000 Leihbeschäftigte. Bei Werften in Norddeutschland sollen zum Teil bis zu 50% der gewerblich Beschäftigten Leihleute sein. Siemens, Audi, Airbus und EADS sind weitere Konzerne, die Leihbeschäftigung in großem Stil betreiben.

Den großen Durchbruch für diese

Schwerpunkte von Leiharbeit

„Nach wie vor wird Leiharbeit vor allem von Männern ausgeübt. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Entleihtätigkeiten – trotz des oben genannten Strukturwandels – weiterhin im gewerblichen Bereich überwiegen, und zwar vor allem als Hilfsarbeiter oder Schlosser bzw. Mechaniker (einschl. zugeordneter Berufe). Bei den Frauen stehen Hilfsarbeiten ohne nähere Tätigkeitsangabe sowie Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe im Vordergrund. Frauen stellen 26 Prozent aller Leiharbeitnehmer. Allerdings hat ihr Anteil über die Jahre hinweg zugenommen (Anteil im Vorjahr: 25 Prozent, Anteil im Jahr 1997: 19 Prozent).“

Aus: Bundesagentur für Arbeit, Zeitarbeit, Februar 2008

neue Sorte Billigjobs verdanken die Konzerne dabei der rot-grünen Bundesregierung. Im Rahmen ihrer „Agenda 2010“ verabschiedete diese auch eine weitgehende Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), die Anfang 2003 in Kraft trat. Der Wegfall des Synchronisationsverbots (das ist das Verbot, Arbeitsverträge von Leihbeschäftigten mit der Dauer ihres geplanten Einsatzes in einem Entleihbetrieb zu „synchronisieren“), des Wiedereinstellungsverbots und der Überlassungshöchstgrenzen bereitete der Leiharbeitsbranche den Weg zu einem seitdem ununterbrochenen Boom.

Von der „Schmuddelecke“ zum legalisierten Heuern und Feuern

Man wolle die Leiharbeit aus der „Schmuddelecke“ holen, hießes damals in der Politik. Wie groß die Unternehmen dieser Branche waren und sind, die damit begünstigt wurden, zeigt ein Blick auf ihre Internet-Seiten. Das Schweizer Unternehmen Adecco etwa erzielte 2006 einen weltweiten Umsatz von 20 Milliarden Euro und hatte täglich mehr als 700.000 Leihbeschäftigte unter Vertrag. Die holländische Randstad Holding meldet für 2007 mehr als 9 Milliarden Euro Umsatz und 370.000 Beschäftigte weltweit.

Die Gewerkschaften versuchten, aus der Not eine Tugend zu machen und schlossen mit den großen Unternehmen der Branche, also Randstad, Adecco & Co. und deren Verbänden Tarifverträge. Diese Tarifverträge waren und sind eher schlecht als recht. Die untere Lohngrenze für Hilfsarbeiter liegt darin noch heute unter 7,50 Euro, in Ostdeutschland sogar unter 7 Euro. Noch schlechter aber sind die Tarifverträge, die zeitgleich oder sogar noch vorher einige der Unternehmen aus der Branche mit den sogenannten „christlichen Gewerkschaften“ abgeschlossen hatten. Diese sehen Lohnuntergrenzen für Hilfsarbeitertätigkeit zwischen 5 und 6 Euro vor. Mehrere Abgeordnete der Union, insbesondere aus der CSU, wachen seitdem als Lobbyisten der sogenannten „christlichen Gewerkschaften“ im Bundestag darüber, dass diese Schmutztarife, die für die Betroffenen ein Leben unterhalb des Hartz IV-Niveaus und der Pfändungsfreigrenze bedeuten, von der Politik nicht angetastet werden.

Aber auch für Leihbeschäftigte von Randstad, Adecco & Co., die DGB-Tarife erhalten, ist die Situation nicht viel besser. 55 Prozent aller Leihjobs enden nach der eingangs erwähnten letzten Statistik der Agentur für Arbeit noch immer nach maximal 3 Monaten. Leiharbeit ist also nicht nur schlecht bezahlt, sie ist auch extrem kurzfristig. Weniger als 3 Monate in einem Betrieb zu sein, das bedeutet auch: für Betriebsräte im Entleiherbetrieb sind ▶

solche Leihbeschäftigten fast nicht erreichbar. Für die Beschäftigten in solchen Jobs bedeutet ein Leben in Leiharbeit deshalb oft auch den Verlust jeder Möglichkeit der Lebensplanung, von Urlaubsplanung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Ansprüchen auf Arbeitslosengeld ganz zu schweigen.

IG Metall startet Kampagne

Schon auf dem letzten Gewerkschaftstag im November letzten Jahres war die enorme Zunahme von Leiharbeit deshalb ein zentrales Thema. „Die ... drastische Zunahme von Leiharbeit ... erfordert ... sofortiges Handeln der IG Metall“, hieß es in einem vom Gewerkschaftstag beschlossenen Initiativantrag. Der Gewerkschaftstag verabschiedete ein „Leipziger Signal“. An die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen gerichtet hieß es darin: „Die IG Metall ist die Gewerkschaft für Leiharbeiter. Gemeinsam mit den Stammebelegschaften werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern und dafür sorgen, dass der Grundsatz Gleiche Arbeit – Gleiches Geld – Gleiche Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit gilt und Leiharbeiter nicht länger ungerechtfertigt benachteiligt werden.“

An die Unternehmer gerichtet hieß es darin: „Jetzt ist Schluss mit Missbrauch! Der scheinbar grenzenlose Einsatz von Leiharbeit, die Verdrängung von regulärer Beschäftigung und Lohndumping durch und auf Kosten der Leiharbeiter ist ab sofort mit der IG Metall nicht mehr zu machen. Leiharbeit ist nur für kurzfristige Auftragspitzen und unvorhergesehene Arbeiten akzeptabel. Jeder Einsatz wird kritisch geprüft und Missbrauch nicht mehr zugelassen.“

Und an die Politik: „Die Politik hat der Leiharbeit seit 2003 Tür und Tor geöffnet. Die daraus resultierende Fehlentwicklung hat zu einer Zunahme der Leiharbeit geführt, die noch lange nicht abgeschlossen ist.“ Die Politik sei aufgefordert, „eine umfassende Regulierung einzuleiten“. In der Substanz bedeutet das: Schluss mit den Christentarifen, Wiedereinführung des Synchronisationsverbots und einer zeitlichen Befristung von Leiharbeit, um so die weitere Untergrabung von regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit einen Riegel vorzuschieben und „Beschäftigung zu existenzsichernden Bedingungen sicherzustellen“.

Im Januar und Februar dieses Jahres hat der Vorstand der IG Metall auf Grundlage dieser Beschlüsse des Gewerkschaftstages die Grundzüge einer



www.igmetall-zoom.de. Titelblatt der Onlineausgabe der Broschüre „33 Fragen zur Leiharbeit/Zeitarbeit“

umfassenden, auf zunächst drei Jahre befristeten, also weit über das kommende Bundestagswahljahr 2009 hinausreichenden Kampagne beschlossen. „Es ist ungerecht, einen Leiharbeiter, der in einem Metallbetrieb arbeitet, mit 7,31 Euro pro Stunde nach Hause zu schicken, wenn der Flächentarifvertrag für diese Tätigkeit 12,89 Euro festlegt. Wir werden das nicht akzeptieren“, wird Berthold Huber, der Vorsitzende der IG Metall, in den Materialien für diese Kampagne zitiert. Und, als ein Dokument der Scheinheiligkeit, eine Aussage von Martin Kannegiesser, dem Präsidenten von Gesamtmetall, der im November 2007 im Zusammenhang mit den Tarifaueinandersetzungen bei der Deutschen Bahn gesagt hatte: „In unserer Industrie wäre nicht vorstellbar, dass in einem Unternehmen für die gleiche Arbeit unterschiedliche Tariflösungen gelten.“ Genau das ist mit der Ausbreitung der Leiharbeit in vielen Industriebetrieben inzwischen Wirklichkeit geworden.

Ziel: Organisierung der Leiharbeit, Abbau der krassen Unterschiede in den Belegschaften

Als erstes Ziel plant die IG Metall, noch in diesem Jahr mindestens 10.000 Leihbeschäftigte in Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie gewerkschaftlich zu organisieren und in mindestens 200 Unternehmen „Equal pay“-Vereinbarungen abzuschließen. „Equal pay“ meint dabei: Dort, wo Leiharbeit praktiziert wird, soll durch Betriebsvereinbarungen oder tarifliche Vereinbarungen mit den Unternehmen sicher gestellt sein, dass Leihbeschäftigte spätestens nach sechs Monaten, besser aber schon nach drei Monaten nicht mehr nach den Tarifverträgen für

Leiharbeit bezahlt werden, sondern nach dem IG Metall-Flächentarif. In mehreren Unternehmen gelten diese Vereinbarungen bereits heute, unter anderem bei Airbus und Audi. Dort erhalten Leihbeschäftigte nach 3 bzw. 6 Monaten dieselbe Vergütung, die selbe Arbeitszeit und Urlaubszeit (30 statt 24 Tage im Jahr), dieselben Zuschläge für Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit und dieselben tariflichen und betrieblichen Sozialleistungen wie „regulär“ Beschäftigte im Konzern.

Spezielle Informationsmaterialien für Leihbeschäftigte, eine „Service-Card“ und zusätzliche Beratungsangebote in den Verwaltungsstellen der IG Metall sollen die Betriebsräte bei den betrieblichen Auseinandersetzungen unterstützen und zugleich die Beratungsangebote und den Rechtsschutz der IG Metall für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen verbessern. Mit einer zentralen Auftaktveranstaltung im Frankfurt am 9. April und einem „Schwarz-Weiß-Buch“ zu Leiharbeit, das im Herbst erscheinen soll, soll die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema verstärkt werden. Breitflächig einsetzbare Werbematerialien sollen die krassen Unterschiede in der Vergütung, bei Urlaubszeit und Urlaubsgeld deutlich machen. Hier ein paar Beispiele: 1.050 Euro brutto im Monat bekommt ein Produktionshelfer Metall, wenn er nach Leiharbeitertarif bezahlt wird, 1.960 Euro brutto, wenn er „regulär“ nach IG Metall-Tarif beschäftigt ist. 24 Tage Urlaubsanspruch im Jahr hat ein Ingenieur in Leiharbeit, 30 Tage nach IG Metall-Tarif. Das Urlaubsgeld für einen Maschinenschlosser in Leiharbeit beträgt 150 Euro brutto, für einen Maschinenschlosser nach IG Metall-Tarif 1.603 Euro. Die Kündigungsfrist für einen Monteur in Leiharbeit bei Miele in Bielefeld beträgt 2 Tage, für einen Monteur in Festanstellung 90 Tage.

Perspektive 2009: Leiharbeit als Thema im Bundestagswahlkampf

Gleichzeitig soll mit diesen Aktivitäten auch der Druck auf die Politik verstärkt werden. SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz hat bekanntlich die Tarifparteien aufgefordert, sich zu melden, falls sie Bedarf an einer Allgemeinverbindlichkeit für ihre Tarifverträge haben. Analog zum Arbeitnehmerentendengesetz sollen damit weitere Branchen vor Lohndumping geschützt werden – auch im Vorgriff auf den 1. Mai 2009, wenn nach den derzeitigen Ankündigungen aus der Politik die bisher geltenden Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und weitere Nachbarländer in Osteuropa fallen werden. Die Tarifparteien der Zeitarbeitsbranche – spricht: der DGB und die großen Firmen wie Randstad, Adecco



& Co. – haben bereits angekündigt, einen solchen Antrag beim Bundesarbeitsminister stellen zu wollen. Aus der CDU/CSU und von CSU-Wirtschaftsminister Glos kommt dagegen schroffe Ablehnung: Ein Verbot der Christentarife im Bereich Leiharbeit, wie von DGB, Scholz und den großen Leihfirmen gewünscht, käme überhaupt nicht in Frage, heißt es von dort unisono, insbesondere auch von CDU/CSU-Fraktionschef Kauder. Auch das CSU-nahe Münchner Ifo-Institut, die Institute der Arbeitgeber und ähnliche „Experten“ schlagen schon Krach, warnen vor angeblich drohender neuer Massenarbeitslosigkeit und kündigen ihre heftigste Gegenwehr gegen die Verallgemeinerung des DGB-Tarifvertrags Leiharbeit an.

Leiharbeit wird also so oder so ein Thema für den heraufziehenden Bun-

destagswahlkampf und die diversen Koalitionsmodelle von Jamaika bis Rot-rot-grün, die schon in den Gazetten gehandelt werden. Die bisherigen Reaktionen aus den Betrieben und von den Leihbeschäftigten selbst sind dabei ermutigend für die Gewerkschaften. Das Ziel von 10.000 neuen Mitgliedern und 200 „Equal-pay“ Vereinbarungen in diesem Jahr dürfte, so die ersten Rückmeldungen aus den Betrieben, vermutlich schon bald übertrifft bzw. nach oben korrigiert werden.

rül
Quellen: Initiativantrag 5.103 des IG Metall-Gewerkschaftstages vom November 2007; Bundesagentur für Arbeit, Branchen und Berufe in Deutschland, Zeitarbeit, Februar 2008; Kampagnenportale der IG Metall im Internet zum Thema: www.gleichearbeit-gleichesgeld.de und www.igmetall-zoom.de

Veranstaltungsbericht aus dem Kommunalwahlkampf in München

„Bürgerhaushalt“ – So was gibt’s auch: Wahlkampfveranstaltung mit Informationsgehalt

München. Mit etwas mehr als 40 Personen sehr gut besucht, informierte die Partei Die Linke im Rahmen des Kommunalwahlkampfes über bisherige Erfahrungen mit unterschiedlichen Konzepten eines Bürgerhaushaltes.

Unter diesem Stichwort werden verschiedenste Versuche, Bürger aktiv und verbindlich in die Haushaltsplanung einzubinden, verstanden. In der von Renate Börger eingeleiteten und moderierten Veranstaltung referierte zunächst Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin des Berliner Bezirks Lichtenberg, über ihre Erfahrungen aus Sicht der Verwaltungsspitze.

Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg



www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Demnach sei die Entscheidung für den Bürgerhaushalt eine hochpolitische Entscheidung, keine administrative Maßnahme. Es gehe darum, ob man wirklich eine „Bürgerkommune“ wolle, d.h., die Bürger tatsächlich in die Stadtentwicklung einzubinden. Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Prozess zum Bürgerhaushalt seien daher hoch. So würde es als Projekt einer einzigen Partei nicht funktionieren.

Zwar sei es nötig, dass eine Partei den Anstoß gebe, danach müssten jedoch alle mitmachen. In Lichtenberg wurde, um diesen Ziel näher zu kommen, allen Fraktionen unabhängig von ihrer Stärke, je zwei Sitze in dem zuständigen Gremium eingeräumt. Bislang seien dort alle Entscheidungen einstimmig gefällt worden. Neben den Parteien müsse auch die Verwaltung selbst überzeugt werden und mitarbeiten. So sei eine Aufbereitung des Haushaltes dringend nötig, damit die Bürger eine verständliche Grundlage für ihre Mitarbeit hätten. In diesem Zusammenhang wies sie auch auf eines der Probleme des Konzeptes hin. Während etwa in Porto Alegre, ein wichtiges Beispiel eines erfolgreichen Bürgerhaushaltes, die Bürger für dessen Einführung gekämpft haben, müsse hier umgekehrt eher von Seiten der Politik Interesse für die Mitarbeit an einem solchen Projekt geweckt werden.

Im Anschluss kam Frau Emmrich zur praktischen Umsetzung. Am Anfang steht eine Entscheidung darüber, was man überhaupt zur Abstimmung stellen wolle. So bestünde als eine Alternative, den gesamten Haushalt zur Diskussion zur stellen. Dies ist in Lichtenberg nicht geschehen. Vielmehr wurde der Gesamthaushalt zwar veröffentlicht, jedoch standen nur die freiwilligen Leistungen zur Abstimmung. Diese haben ein Volumen vom immerhin noch 30–32 Millionen Euro und umfassen Posten wie öffentliche Grünflächen, Bibliotheken und auch eine Musikhochschule. Dagegen bestehen erhebliche Bedenken gegen eine öffentliche Debatte über Pflichtaufgaben.

Zum einen sei hier der Rahmen eng gesetzt, zum anderen gäbe es Positionen, bei denen eine schwierige Diskussion erwartet wurde, so insbesondere bei den Leistungen an Asylbewerber. Nach den positiven ersten Erfahrungen wird Lichtenberg bei der nächsten Haushaltsrunde jedoch auch Investitionen und Leistungen an freie Träger in den Bürgerhaushaltstellen. Die Beteiligung der Bürger selbst sei als Gespräche im Vorfeld der administrativen Haushaltserstellung ausgestaltet, da es sich beim Haushalt um ein so komplexes Zahlenwerk handelt, dass es schwierig ist, nachträgliche Änderungen vorzunehmen. Diese Gespräche laufen auf drei Wegen: So werden Beschlüsse auf Bürgerversammlungen gefällt. Nachdem Lichtenberg zunächst fünf größere Versammlungen abgehalten hatte, zeigte die Erfahrungen, dass die Diskussion leichter und die Bürgerbeteiligung höher werde, je weiter die Debatte nach unten verlagert wurde. Man ging daher dazu über, auf Stadtteilebene insgesamt 13 kleinere Versammlungen abzuhalten. Neben diesen können die Bürger auch im Internet, auf einer eigens dafür eingereichten Seite, Vorschläge abgeben. Zudem wurden Umfragen an 5000 durch Zufallsprinzip ausgewählte Haushalte verschickt. Es lasse sich feststellen, dass insgesamt durch diese Bemühungen mittlerweile ein Kreis von 4000 Bürgern aktiv an der Erarbeitung des Haushaltes beteiligt sei. Dabei wird nach Emmrichs Einschätzung auch die Bevölkerung in ihrer sozialen Zusammensetzung ausgewogen repräsentiert. Dies werde durch kleinere Veranstaltungen im Vorfeld der Bürgerversammlungen gewährleistet, bei denen die vor Ort aktiven Vereinen und soziokulturellen Zentren, die mit jeweils unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen arbeiten, in die Pflicht genommen werden. Auf diese Weise sei es gelungen etwa die vietnamesische Bevölkerung, die mit 4000 Personen eine große Gruppe in Lichtenberg darstellen, jedoch im öffentlichen Raum als solche kaum wahrzunehmen waren, einzubinden. Diese haben den Wunsch nach vietnamesischer Literatur in den öffentlichen Bibliotheken geäußert, womit sie sich auch durchsetzen konnten.

Insgesamt seien die Erfahrungen sehr positiv. Die hohe Anzahl derjenigen, die sich auf den unterschiedlichen Wegen an der Erarbeitung beteiligen, habe manche Kritiker überrascht. Allerdings müsse gesehen werden, dass die Hauptarbeit immer noch bei der Verwaltung verbleibt. Diese profitiere aber durch die direkte Konfrontation mit den Bürgern und verändere sich auf diese Weise. Nicht unproblematisch an dem Konzept sei auch, dass die Bürger keine absolut verbindlichen Entscheidungen treffen könnten. Vielmehr ge-

h die Beschlüsse der Bürgerversammlungen in die Haushaltsberatungen der Bezirksverordnetenversammlungen ein, wobei durch notwendige Feinabstimmungen, Beschlüsse auch so geändert werden können, dass sie von den Bürgern nicht mehr wiedererkannt werden. Zudem wird der Haushalt erst mit der gemeinsamen Verabschiedung des Berliner Landeshaushaltes durch den Senat wirksam.

Bürgerhaushalt Köln



<https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de>

Über Erfahrungen aus Köln berichtet Jörg Detjen, der für die Linke im Stadtrat sitzt. In Köln sei erstmals auf dem Sozialforum 2003 über den Bürgerhaushalt debattiert und danach durch die PDS in den Stadtrat eingebracht worden. Auch er nahm Bezug auf das Beispiel *Porte Alegre*, wozu wesentliche Unterschiede bestünden. Dort werde der Bürgerhaushalt durch ständige, regelmäßige Versammlungen entwickelt, die auch wichtige Grundentscheidungen treffen. Es sei aber klar, dass es leichter ist, über das Ob einer Wasserversorgung zu entscheiden, wenn eine solche noch gar nicht existiert, als über Feinheiten in komplexen bestehenden Systemen. Man müsse berücksichtigen, dass Köln erst am Anfang einer Entwicklung steht.

In Nordrhein-Westfalen bestünde das zusätzliche Problem, das man bereits schlechte Erfahrungen mit Versuchen der Bertelsmann-Stiftung hat. Dabei seien Bürgerversammlungen mit ca. zehn Teilnehmern durchgeführt worden, was in der Debatte auch vorgehalten worden war. Aus dieser Erfahrung heraus, hat Köln versucht, durch eine Internet-Plattform die Bürger zu beteiligen. Auf dieser konnten Bürger Vorschläge machen, Kommentare zu Vorschlägen abgeben und über diese auch abstimmen. Insgesamt hätten sich 10000 Leute registriert, es wurden 5000 Vorschläge gemacht. Auffällig sei dabei, dass nur wenige Kommentare gelöscht werden mussten, obwohl der Zugang zum Forum bewusst offen gehalten wurde. So hätte man sich auch als Münchner registrieren lassen können. Dies sei ein Zeichen für eine sehr sachlich und interessiert verlaufende Debatte. In der anschließenden Kostenprüfung durch die Verwaltung wurde dies bestätigt, da sich der Kostenrahmen der einzelnen Vorschläge durchaus in Grenzen hielt, also keine utopischen Vorschläge gemacht wurden. Auch Detjen bestätigte, dass ein solches Projekt nicht konfrontativ angelegt werden könne. Es sei bereits erkennbar, dass zukünftige Haushaltsberatungen komplett anders verlaufen

werden. Der Bürgerhaushalt biete durch die direkte Teilnahme der Bevölkerung eine echte Möglichkeit zur Demokratisierung der Verwaltung, wobei sich Linke bewusst sein müssen, dass Entscheidungen nicht nur in ihrem Sinn verlaufen werden. Auf die in der anschließenden Diskussion geäußerten Bedenken gegen das Medium Internet, erwiderte Detjen, dass Versammlungen, auf denen diskutiert und verbindlich abgestimmt werden könne, wünschenswert seien, jedoch zunächst eine Schwelle überwunden werden müsse. Durch das Internet könne in der Anfangsphase vermieden werden, dass sich nur Funktionäre an den Diskussionen beteiligten. Problematisch war in Köln zudem, dass deutlich erkennbar Vorschläge vor allem aus wohlhabenden Vierteln kamen, während die Beteiligung aus Stadtteilen mit geringem Durchschnittseinkommen gering war.

Münchner Aussichten

Für München wiesen die StadtratskandidatInnen Brigitte Wolf, Barbara Buchwieser und Uli Sedlaczek vor allem darauf hin, dass Bündnispartner gefunden werden müssten, um ein solches Projekt auf die Tagesordnung zu bringen. Gerade hier habe man es mit einer sehr starren Verwaltung zu tun, die eine Öffnung dringend benötige.

Dies war dann auch Grundlage der

Debatte, in der vor allem die Rolle der Bezirksausschüsse diskutiert wurde. So war eine Linie erkennbar, die es für ausreichend hält, deren Funktion zu stärken. Jörg Detjen wies jedoch darauf hin, dass es nach seiner Meinung unmöglich sei, die Verwaltung dazu zu bringen, Kompetenzen nach unten abzugeben. Es brauche den unmittelbaren Druck der Bevölkerung. In Anlehnung daran sahen einige die Bezirksausschüsse als mögliche Bündnispartner für eine Konzeption einer umfassenden Demokratisierung der Stadtverwaltung.

Allerdings stieß die Idee des Bürgerhaushaltes auch auf grundsätzliche Kritik. Wegen der angesprochenen Probleme der Verbindlichkeit und der nur schwer zu gewährleistenden Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen bestanden Zweifel, ob ein Bürgerhaushalt tatsächlich geeignet ist, Veränderungen herbeizuführen. Es wurde sogar die Befürchtung geäußert, die Verwaltung legitimiere sich auf diese Weise neu und zwingt Bürger an Kürzungen mitzuwirken.

Überwiegend zeigte sich jedoch, dass die Idee des Bürgerhaushaltes mit einer gewissen Bescheidenheit in der Zielsetzung als Chance wahrgenommen wird, auf die Verwaltung öffnend einzuwirken, und daher wohl auch in München kein Fehler wäre. J.K.

Aus: *Münchner Lokalberichte* 4/08

Veranstaltungsbericht Köln

Heiße Debatte im Linken Dialog: USA, Iran und die Gefahr eines Dritten Weltkriegs

Der gemeinsamen Einladung des Linken Dialogs Köln, des Kölner Friedensforums, des Arbeitskreises Hiroshima-Nagasaki und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW zu einer Abendveranstaltung am 3. März 2008 im Kölner DGB-Haus waren etwa 60 Interessierte gefolgt. Das Thema lautete: Droht mit einer Aggression der USA gegen den Iran der Dritte Weltkrieg? Dazu referierten Heiner Karuscheit, Journalist und Ali Fathollah-Nejad, Politikwissenschaftler, beide aus Gelsenkirchen und beide Experten für die US-Außenpolitik gegenüber dem Mittleren Osten.

Als historischen Ausgangspunkt wählten die Referenten den Wechsel in der außenpolitischen Strategie der USA zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung in der Welt nach 2001 von der „Gleichgewichts-Politik“ zur „Regime-Wechsel-Politik“. Diese neue Strategie ist angesichts des Debakels im Irak inzwischen gescheitert, und zwar in dreierlei Hinsicht: • energiepolitisch, weil die Erdölförderung im Irak nicht stabi-

lisiert wurde und die USA-Industrie unter hohen Energiekosten leidet; • militärisch, weil es den USA nicht gelingt, den Irak zu „befrieden“; • politisch, da die amerikanische „Demokratisierungspolitik“ islamistische Kräfte stärkt.

Gescheitert ist die amerikanische „Regime change policy“ auch im Libanon-Krieg der USA und bei den Parlamentswahlen in Palästina, aus denen islamistische Parteien, die libanesischen Hisbollah bzw. die palästinensische Hamas als Sieger hervorgingen.

Das veranlasste die herrschenden Kräfte der USA, 2006 ihre nationale Sicherheitsstrategie erneut zu ändern. Der Iran wurde zur „größten Gefahr für den Weltfrieden“ erklärt und ins Fadenkreuz US-amerikanischer Kriegsvorbereitungen genommen. Diese sind inzwischen sehr weit gediehen: Seit Jahren führen die USA verdeckte Aktionen im Iran durch. Tausende von Zielen im Iran sind für militärische Schläge bereits programmiert. Die US-Militärs rechnen in den ersten 48 Stunden ihres Angriffs mit 3 Millionen

toten Iranern. Im Kriegsfall würde der Iran massiv zurückschlagen, sowohl gegenüber den US-Streitkräften als auch gegen die amerikanischen Verbündeten in der Region – Israel und die arabischen Golfstaaten.

Als Optionen für einen Kriegsbeginn gelten zunächst ein Angriff Israels auf den Iran und anschließend ein Eingreifen der USA oder eine inszenierte Provokation im Persischen Golf.

Im Kalkül der US-Administration ist – nach Auffassung der Referenten – bezüglich des Iran eine Arbeitsteilung denkbar: Die Administration Bush/Cheney führt den Krieg gegen den Iran noch innerhalb ihrer Amtszeit, und die neue Administration beginnt im Jahr 2009 mit einer neuen „Gleichgewichtspolitik“. Der kritischste Monat ist der April 2008. Dabei lassen sich bei den aussichtsreichsten Bewerbern für die US-Präsidentschaft zur Zeit Unterschiede in ihrer Haltung feststellen.

Während der republikanische Bewerber McCain einen Angriff auf den Iran befürwortet und für eine hundertjährige Präsenz der USA im Irak plädiert, folgt der demokratische Kandidat den Empfehlungen seines Sicherheitsberaters Brzezinski. Dieser ist gegen einen Angriff auf den Iran, weil dieser die

Vorherrschaft der USA in der Welt beenden würde.

Die Diskussion begann mit Nachfragen zu den Referaten, spitzte sich dann aber auf die Frage zu, wie ein drohender Krieg verhindert werden kann und was die Bundesrepublik, insbesondere die deutsche Linke, unternehmen sollte. Die Antwort der Referenten lautete: Deutschland müsste eine aktive Rolle gegen die beabsichtigte US-Aggression gegen den Iran spielen, denn ein Iran-Krieg würde den strategischen Interessen Europas schaden. Die Bundesregierung sollte den Forderungen der deutschen Unternehmerverbände Gehör schenken und sich angesichts der deutschen Interessen am iranischen Markt von der US-amerikanischen Droh- und Embargo-Politik gegenüber dem Iran abkoppeln. Die deutsche Linke sollte klarer als gegenwärtig fordern: Deutschland raus aus der NATO! Denn die NATO ist die Basis des militärischen Zusammenwirkens der USA mit Westeuropa bei Aggressionen im Nahen und Mittleren Osten. Ein Verlust der Verbündeten würde die Kriegsoptionen der USA schwächen und in Europa die Zivilgesellschaft stärken.

bat

Aus: Lokalberichte Köln 5/08

Aus einem Erlebnisbericht zur Anhörung in Wiesbaden

Verfassungsklage gegen Studiengebühren wird verhandelt

Der Saal ist voll, als die elf Richterinnen in ihren blauen Roben ihn betreten. Die Studierenden, die Presse, die Antragssteller und die Vertreter der Landesregierung mitsamt Staatsminister a.D. Udo Corts erheben sich von ihren Plätzen. Der letzte Kampf um die Verfassungsmäßigkeit der Studiengebühren in Hessen hat begonnen. Nachdem die öffentliche Anhörung vor dem obersten hessischen Gericht begonnen hat, wird nun der Protest der Studierenden und ihrer mehr als 70.000 Unterstützerinnen von der Straße in den holzgetäfelten Verhandlungssaal getragen. Wie ernst die Lage ist, kann man an der angespannten und konzentrierten Atmosphäre erkennen, die herrscht, als die Anträge der StudiengebührengegnerInnen verlesen werden... Die Verlesung der Anträge zieht sich hin, dennoch sorgt die schriftliche Stellungnahme der Landesregierung streckenweise für allgemeine Belustigung und Gelächter. So wird versucht die Einführung der Studiengebühren damit zu begründen, dass der Landesregierung quasi keine andere Wahl blieb, weil man eine Flucht der Studierenden von gebührenpflichtigen Campi aus den übrigen Bundesländern nach

Hessen befürchtete. Das widerspricht jedoch gleichzeitig der Darstellung der Landesregierung, Studiengebühren hätten keine abschreckende Wirkung. Auch die Behauptung, die bundesweit veränderte Hochschullandschaft verlange im Interesse von Wettbewerb und Diversität einen „bescheidenen Beitrag“ der Studierenden zum Wohle eines schnelleren und qualitativ hochwertigeren Studiums, quittieren die Zuschauerinnen mit Unmut. Als dann noch die soziale Ungerechtigkeit allgemeiner Studiengebühren vor allem aufgrund der Verzinsung lapidar mit der Behauptung, dies läge an den unterschiedlichen Ausgangspositionen, deren Beseitigung gar nicht vom Art. 59 der hessischen Landesverfassung vorgesehen sei, abgetan wird, droht die Stimmung für kurze Zeit überzukochen. Doch dem Gerichtspräsidenten Günter Paul gelingt es, die Zuschauerinnen zu beruhigen. So folgen die mündlichen Stellungnahmen und die Befragung durch die Richterinnen. Auf viele dieser Fragen haben die Vertreter der Landesregierung keine wirklich überzeugenden Antworten parat. ... Dass bei diesem Wettbewerb das Grundrecht bzw. die hessische Landes-

verfassung dem Vorhaben der Landesregierung klar entgegensteht, scheint die Vertreter der Landesregierung nicht sonderlich zu kümmern. Für sie ist der Art. 59 ein „buchstabengewordener Dissens“, der einer „näheren Ausgestaltung durch den Gesetzgeber“ bedarf. Mit dieser Meinung steht die Landesregierung vorm hessischen Staatsgerichtshof ziemlich alleine da. Die Skepsis der Richterinnen vergrößert sich zusehends, als dann noch dreist behauptet wird, dass die vom Art. 59 vorgeschriebene Unentgeltlichkeit durchaus beachtet worden ist. Diejenigen, die am Ende ihres Studiums aufgrund zu niedrigen Einkommens die Darlehensschulden nicht zurückzahlen müssten, würden ja der Unentgeltlichkeit ziemlich nahe kommen. Die Landesanwältin Sacksofsky findet daraufhin deutliche Worte, „dass man das Darlehen nicht zurückzahlen muss, wenn man nach dem Studium nur arm genug ist“, würde die Tatsache, dass eine „allgemeine Verpflichtung das Gegenteil von Unentgeltlichkeit“ bedeutet nicht beseitigen. Spätestens jetzt sahen sich einige der Studierenden im Aufwind, und auch die Richterinnen wurden noch kritischer. Auf die Frage, was denn noch vom Grundrecht übrig bliebe, wenn eine allgemeine Gebührenpflicht bestünde, reagieren die Vertreter der Landesregierung nervös. Herr Corts lässt ab diesem Zeitpunkt andere für sich sprechen, und es scheint, als ob nichts von seiner bemühten Gelassenheit übrig geblieben ist. Nach einer Reihe weiterer juristisch fragwürdiger Behauptungen seitens der Landesregierung kommt die Diskussion zu den so genannten Ausfallfonds, einen aus 10% der Studiengebühren finanzierten Fonds zur Sicherung des Ausfallrisikos der Darlehensnehmerinnen. Von Zweckentfremdung ist da die Rede. Die Landesregierung weiß wohl, um die Wichtigkeit dieser Fonds für das gesamte Studiengebührenmodell. Ist es doch allein dieser Fonds, der die Banken nach dem Wegfall des Hochschulpaktes dazu bewegen wird, den Studierenden bonitätsunabhängig Kredite zu gewähren. Ihr einziges Argument, dass das Darlehensmodell als Ganzes allen Studierenden zugute kommen würde und daher alle gemeinsam das Ausfallrisiko tragen müssten, sorgt nochmals für Stirnrunzeln unter den Juristinnen. Die Anhörung wird nach über vier Stunden beendet, und die Richterinnen in ihren blauen Roben verlassen den Saal, in dem die Landesregierung wohl ein für allemal jegliche Gelassenheit verloren hat. Mit einer Entscheidung wird in einigen Monaten gerechnet, und wenn das Urteil kommt, wird der Saal mit Sicherheit wieder voll sein.

www.asta.uni-frankfurt.de, 15.2.08

Aus: Frankfurter Info 4/08

20. bis 24. März. Traditionelle Ostermarschaktionen der Friedensbewegungen.

12. April. Oldenburg. Landesparteitag der Linken Niedersachsen.

11. bis 13. April. Berlin. *The Right to the City – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt.* Konferenz von Buko und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wie kann unter den Bedingungen neoliberaler Stadtumstrukturierung (noch & wieder) erfolgreich und mit Spaß linke Politik gemacht werden? Bieten die neuen Bedingungen möglicherweise auch neue Spielräume? Sind z.B. städtebauliche Großprojekte ähnlich großer Markenunternehmen durch Anti-Image-Kampagnen angreifbar? Wie sind neue Protestformen – oft angereichert durch Kunst oder subtile Ironie – vermittelbar? Wie kann aufbauend auf den Erfahrungen vergangener Bewegungen die Vereinnahmung von Protest und linken Lebensformen in der Stadt verhindert werden – in einer Zeit, in der zivilgesellschaftliches Engagement und selbst linke Subkultur unter dem Stichworten „Aktivierung“, „Partizipation“ oder „Zwischennutzung“ zunehmend instrumentalisiert wird und zu einem Element stadtentwicklungspolitischer Auf-

wertungsstrategien werden kann? Welche Formen der Vernetzung (soziale Zentren, investigative Stadtpaziergänge) oder von zivilem Ungehorsam (kollektive Preisreduzierung im lokalen Supermarkt, Wohnungsbesichtigungspartys gegen Mietsteigerungen) existieren in den Städten anderer Länder? Welche Gruppen (z.B. illegalisierte MigrantInnen, Erwerbsarbeitslose oder SexarbeiterInnen), die sich in der überwiegend weißen und mittelschichtdominierten Linken in Deutschland nur schwer Gehör verschaffen können, treten anderswo erfolgreich(er) für ihre Rechte ein und warum? Inwieweit sind solche Erfahrungen aus anderen Städten übertragbar? (www.buko.info/stadtraum)

26. April. Augsburg/Gersthofen. Landesparteitag der Partei die Linke Bayern.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Cottbus. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

31. Mai. München. 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.

7./8. Juni. Hannover. (geplant) *Internationaler Afghanistan Kongress*, ReferentInnen: (u.a.) Andreas Zumach (Taz, Genf), Katja Maurer (medico), Colin Archer (International Peace Bureau, Genf). Pavillion, Lister Meile 4, Veranstalter: Initiative: „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!“ (= Bundesauschuß Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, IPPNW ...)



Vom 10. bis 23. März werden in diesem Jahr die Internationalen Wochen gegen Rassismus stattfinden. PRO ASYL und der Interkulturelle Rat in Deutschland rufen dazu auf, sich aktiv zu beteiligen.

Zu den Aktionswochen haben PRO ASYL und der Interkulturelle Rat das Faltblatt „Rassismus überwinden“ herausgegeben. Darin werden konkrete Forderungen an die Bundesregierung erhoben, die Vorschläge der Weltrassismuskonferenz vom Herbst 2001 in Durban/Südafrika zur Migrations- und Flüchtlingspolitik in ihrem seit Oktober 2007 als Entwurf vorliegenden „Aktionsplan gegen Rassismus“ konsequent umzusetzen. Rassismus kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn MigrantInnen und Flüchtlinge gestärkt werden und die gleichen Rechte erhalten.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Kommunal	28.9.	5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräsid.	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Baden-Württemberg	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Rheinland-Pfalz	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Saarland	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Sachsen	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Sachsen-Anhalt	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	05-07	Thüringen	Kommunal		5 Jahre
	07-09	Thüringen	Landtag		5 Jahre
	09?	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html